

teach-in nr. 5 Hochschulgesetz Basisgruppen AStA-Strategie

Seite 3 bis 6



Landsberg
Die
vds
MV

Seite 5

**Elite-
Uni
erneut
im Gespräch**

Seite 2

**DIHT:
Werk-
schutz
gegen
Arbeiter**

Seite 7

**Die
dickste
BSZ die
es je gab
8 Seiten**

Nr. 41 17. April 1969 10 Pf



Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Selektion bei WiWis

Abteilung VII praktiziert verschleierte
numerus clausus/Gegenmaßnahmen geplant

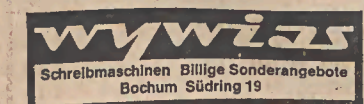
Die Zulassungsbeschränkung an der WiWi-Abteilung scheint im kommenden Wintersemester Realität zu werden. Schon jetzt wird ein verschleierter numerus clausus praktiziert:

Herr Laßmann, Inhaber des Lehrstuhls für Fertigung und Industriewirtschaft, hält in diesem Semester die 2stündigen Betriebswirtschaftstheoretischen Übungen für Anfänger. Der Studienplan weist sie als obligatorisch aus, zur Zwischenprüfung muß ein entsprechender Belegnachweis vorgelegt werden. Herr Laßmann macht die Teilnahme an diesem Pflichtpensum vom Bestehen einer Aufnahme-klausur abhängig.

Die WiWi-Kommilitonen, die aus den Ferien bzw. von Ferienarbeit, mit der sie ihr Studium finanzieren müssen, zur Uni zurückkommen, werden nun den dicken Hammer der Ordinarienherrschaft zu spüren bekommen.

Gesiebt wird auch bei Diplom- und Zwischenprüfungen: Schon jetzt sind bei der gegenwärtig statt-

findenden Zwischenprüfung allein nach den schriftlichen Klausuren 42 % (zweidrittel Prozent) der Prüfungskandidaten „durchgefallen worden“.



Den sozioökonomischen Wahnsinn dieser Maßnahme mache man sich einmal klar. Statt die Studiensituation zu verbessern oder zumindest Abiturienten vor Studienbeginn auf Studien- und Berufsaussichten aufmerksam zu machen, läßt man es zu, daß die Hälfte der Wirtschaftswissenschaftler vergeblich studiert. Bei den derzeitigen Neumatrikulationen stellen Studenten der Wirtschaftswissenschaften die absolute Mehrheit. Befürcht-

HINWEIS

Die Sozialbeiträge für das Sommersemester 1969 können bei der Städtischen Sparkasse und der Westfalenbank auf das Konto der Studentenschaft eingezahlt werden.

Essen: teach-in

„Gott segne den ehrwürdigen Lehrherrn!“

„Alle Welt redet von Reformen, wir nicht.“

Wir sortieren, kleben, putzen, tragen, fegen. Unsere Ideale: Blind-Gehorsam, geistige Anspruchlosigkeit, völlige Unterordnung. Erst arbeiten, dann lernen.

Die Welt der Lehrlinge von heute hat Ruhe und Ordnung. Wir wehren uns gegen Störungen unseres eingestimmten Trottes. Denn Ruhe ist die erste Lehrlingspflicht.

Gott segne den ehrwürdigen Lehrherrn!

Dieses Flugblatt wird von der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Lehrlinge in Essen seit Montag vor den kaufmännischen Berufsschulen der Stadt verteilt.

Der Direktor der kaufmännischen Berufsschule Essen-Ost verbot nach Rücksprache mit dem Kultusministerium in Düsseldorf die Verteilung dieses demütigen Pamphlets auf dem Schulgelände. Schon im Januar und Februar war es der Arbeitsgemeinschaft gewerblicher Lehrlinge in Essen ähnlich ergangen.

Jetzt soll am 26. 4. in Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend ein teach-in auf der Kettwiger Straße durchgeführt werden. Für den 30. 4. ist eine Demonstration für ein Berufsausbildungsgesetz geplant.

Auch die CAJ will da nicht abseits stehen: Am 1. Mai findet ein Marsch auf Bonn statt.

Sternmarsch

Wie vom vds-Landesvorstand gestern mitgeteilt wurde, soll am kommenden Mittwoch zur 1. Lesung des Hochschulgesetzentwurfes der Landesregierung im Parlament ein Sternmarsch nordrhein-westfälischer Studenten nach Düsseldorf organisiert werden.

Neben anderen Studentenvertretungen, nordrhein-westfälischer Universitäten, Ingenieur- und Wirtschaftsfachschulen hat der AStA der Ruhr-Universität schon jetzt

seine Beteiligung an der geplanten Demonstration zugesagt.

Technische Einzelheiten, Fahrgelegenheiten usw. werden in den nächsten Tagen durch Flugblätter und Plakate bekanntgegeben.

Nach dem Scheitern aller Versuche parteiinterner Einflußnahme ist dieser offensive Weg die letzte Möglichkeit zu verhindern, daß undemokratische Strukturen an der Hochschule gesetzlich zementiert werden.

Sozialistischer Kampfverband

Studentenparlament diskutiert Überwindung
von Funktionärsherrschaft und Verbändepolitik

Die Sitzung des Studentenparlamentes vorgestern abend zeigte nicht das übliche Sandkastenspiel, in dem sich politisches Potential im zugestanden Selbstverwaltungsbereich kanalisiert. An der Situation des vds, der Stellungnahme des AStA bei der letzten Mitgliederversammlung, entzündete sich zwischen den Fraktionen eine Strukturdebatte, in der um künftige Organisation studentischer Politik gekämpft wurde.

Anton Graf v. Magnis, Bochumer Repräsentant der Deutschen Studenten-Union, die mit ihrer Unterstützung des IDS dem „sozialistischen Kampfverband vds“ den Rücken kehrte, stellte zu Anfang kategorisch fest: „Wenn die Arbeit künftig von Basis- und Projektgruppen getragen wird, die nicht demokratisch legitimiert sind, dann machen wir nicht mehr mit.“ RCDS-

Vorsitzender Stahlschmidt, dessen Fraktion im SP nicht vertreten ist, sah gar das Gleichheitsprinzip gefährdet, wenn die Arbeit ehemaliger pluralistischer Repräsentationsgremien von engagierten Kommilitonen an der Basis selbst wahrgenommen wird. Wer die künftige Ausschaltung der „Rechten“ fürchtete, propagierte plötzlich Demokratie als Minderheitenschutz.

Demgegenüber betonte selbst Ludger Anselm Versteil, Nestor konservativer Bochumer Studenten, die Unmöglichkeit, Demokratie formal zu definieren. Es müßten Gremien geschaffen werden, in denen Engagierte sich politisch entfalten könnten. Allerdings dürften auch „unpolitische Nichtwähler“ nicht mit Arroganz von vornherein ausgeschlossen werden. Wie dies zu leisten wäre, sei ihm allerdings schleierhaft.

Die Vorstellung, daß Mitarbeit in Basis- und Projektgruppen jedem offensteht, scheint Verfechtern klassischer Verbändepolitik und liebgehabter Funktionärsstrukturen schwerzufallen.

Gerade die ehemalige anonyme vds-Struktur räumte ihren zählenden Zwangsmitgliedern ebenso wenig Rechte ein, wie es die Funktionärs-AStAs taten. CDU-Student Laepple, als AStA-Chef in Köln seinerzeit nur nach Anmeldung und durch mehrere Vorzimmer zu erreichen, kann seit 1966 gegen mehrheitlichen Willen den Landes-vds repräsentieren, weil Satzungsbestimmungen eine Abwahl verhindern.

In der neuen vds-Struktur kommt durch inhaltliche Einbeziehung der Basisgruppen in den Verband die politische Arbeit einzelner Studenten zum tragen. Der Dachverband wird zum Koordinationsgremium. Projekte werden von Fachschaften und Basisgruppen auf der vds-Mitgliederversammlung diskutiert, beschlossen und zentral unterstützt: „Blindem Aktionismus“ ist vorgebeugt, eine effiziente politische Aktion ermöglicht.

Besonders schwach mußte die RCDS-Argumentation angesichts der von dem Bochumer Mini-Verein betriebenen Kampagne zur Zerschlagung der traditionellen Studentenschaft erscheinen. Vorge-druckt zum Unterschreiben bieten die CDU-Studiker Meinungsbekundungen à la Gartenzwerg zur Verweigerung der Studentenschaftsbeiträge an. Was weniger den jetzigen AStA trifft, der ohnehin nur noch 3 Monate „regiert“ als vielmehr den in diesem Semester neu zu wählenden. Zudem ein lustiges Unterfangen, wenn je nach AStA-Konstellation die „Rechten“ oder die „Linken“ vor Gericht ziehen, um ihren Vertretern die Mittel zu verweigern. Westdeutschlands Kultusministerien sowie alle Freunde

Termine

der juristischen Basisgruppen

Woche vom 15.-18. 4.:

11.00—13.30 h Studienberatung in IB 4/83 b

Montag, 21. 4.:

20.00 h Gruppe Justiz-ausbildung

Dienstag, 22. 4.:

10.00 h Gruppe Staats-recht

14.00 h Gruppe Poli-tische Ökonomie

Mittwoch, 23. 4.:

15.00 h Treffen aller

Arbeits-Gruppen: Zur Kritik der herrschenden Rechtslehre und -praxis

Alle Veranstaltungen finden in IB 4/83 b statt.

von Ruhe und Ordnung werden den Beitrag dieser hinterletzten Studentenpolitiker zur eigenen Entmündigung dankbar begrüßen. Mit jener Hilfstuppe der Reaktion möchte denn auch die BSU nicht verwechselt werden.

Kommilitone Reichling litt förmlich darunter, subjektiv formale Demokratie zu wollen, sich durch Spaltertätigkeit im vds jedoch objektiv „konterrevolutionär“ zu verhalten. Doch einem vds als sozialistischem Kampfverband könne er nie und nimmer zustimmen.

AStA-Vorsitzender Horst Peter Kasper nahm es auf sich, diesen Alptraum zu definieren: „Sozialistischer Kampfverband, das heißt, keine Lobby-Politik mehr. Ein studentisches Sozialprogramm nicht mehr mit dem Familienministerium auszuhandeln versuchen, sondern die soziale Unterdrückung der Studenten als gesellschaftliche begreifen. Teilnahme an sozialistischer Emanzipationsbewegung statt bescheidener Selbstverwaltungspolitik, über den reformistischen Ansatz hinausgehen, den heute völlig dematerialisierten Demokratiebegriff wieder als Volksherrschaft begreifen, als Selbstbestimmung.“ — er —



Oster-Protest zum Mitsingen

Noch bevor die Sternmarschteilnehmer auf dem Essener Kennedy-Platz eintrafen, kam es vereinzelt zu Handgreiflichkeiten zwischen verschiedenen Gruppen der APO. Stein des Anstoßes war u. a. ein mit SDS-Ruhr unterzeichnetes Flugblatt, auf dem die Teilnehmer des Marsches frei nach Lenin als „nützliche Idioten der konterrevolutionären DKP“ bezeichnet wurden.

Sand ins Getriebe brachten auch die Maoisten, die zum Teil in Uniformen (palmgrün mit roten Bördchen) für ihre Ziele warben: „Uns deutschen

Marxisten-Leninisten kann man nichts vormachen. Wir wissen, was gespielt wird. Die US-Imperialisten und Sowjet-Revisionisten werden nicht eher Ruhe geben, bis sie in ihren eigenen Särgen liegen. Sollen sie ruhig versuchen, die Volksrepublik China zu liquidieren, sie werden sich ihre faschistischen Taten dabei gewaltig verbrennen, denn nicht nur das sozialistische China wird sich wie ein Riese erheben und den Aggressoren in West und Ost Einhalt gebieten, auch die revolutionären Völker der ganzen Welt werden sich

auf die Seite Chinas schlagen, um mit den blutrünstigen Wölfen im Kreml und im Weißen Haus abzurechnen.“

Was sich dann als „Großveranstaltung“ darbot, war eine Mischung aus pazifistischer Folklore-Romantik (zum Mitsingen) und unreflektierter Friede — Freundschaft — Eierkuchen-Ideologie („Abrüstung in allen Ländern“, „Make love — not war“). Die stumpfsinnigen Variationen der von den Veranstalter vorgekauften Parolen brachten dann auch nicht nur die Maoisten in Rage.

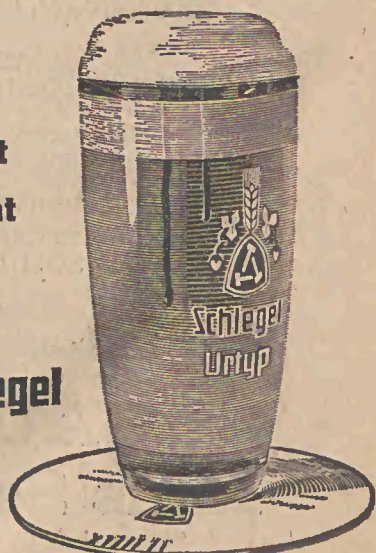
Durst

löscht

man

mit

Schlegel



Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS-Bochum - Südring 19

NSU-Prinz 4, Baujahr 1961
Kilometerstand: 60 000
Erstklassige Bereifung
Nagelneue Batterie
TUV Sept. 69 (z. Z. abgemeldet)
Wegen Motorschaden preiswert
zu verkaufen, u. U. auch Teile

Ingenieurschüler-Streik Bis zu 25 Klausuren im Semester!

Recht überraschend brachen im Verlauf der letzten 2 Wochen 41 Ingenieurschulen, das sind 15 000 Ingenieurschüler, in Nordrhein-Westfalen ihr laufendes Semester ab. In den letzten Tagen haben sich auch die Höheren Wirtschaftsfachschulen zum Teil dem Streik angeschlossen.

Was sind die Gründe für diesen zunächst vom Dachverband (SVI) nicht ausgerufenen Streik?

Bereits im Sommersemester 1968 hatten die Ingenieurschüler gestreikt und damit die Drucksache 454 des Fachhochschulgesetzes zu Fall gebracht. Ministerpräsident Kühn traf damals die machtpolitische Entscheidung, diese umstrittene Gesetzesvorlage zurückzuziehen und neu zu beraten. Das Kultusministerium erklärte, mit einem neuen Gesetzentwurf den studentischen Forderungen weitgehend gerecht zu werden. Daraufhin wurde der Streik abgebrochen. Die neu überarbeitete und jetzt vorliegende Gesetzesvorlage ist jedoch im Grunde genommen keinen Deut besser.

Man operiert weiterhin mit vagen Begriffen wie „Hochschulbereich“, die nirgendwo definiert sind. Weiterhin werden die Fachhochschulen der Dienst- und Fachaufsicht des Kultusministers unterstellt und auch in Zukunft keine Körperschaften des öffentlichen Rechts sein. Die zu niedrigen Eingangsvoraussetzungen und die nur 6-semestrig Studienzeit lassen auch auf längere Sicht keine EWG-Anerkennung zu.

vds-Gegner abgewählt

Auf seiner diesjährigen Mitgliederversammlung sprach der Studentenverband Deutscher Ingenieurschulen (SVI) seinem bisherigen Vorsitzenden Friedrich Buchner das Mißtrauen aus: Buchner habe in letzter Zeit zu autoritär agiert. Unter anderem machte der SVI auch Buchners Solidaritätserklärung für den Anti-vds-Verband IDS rückgängig und beschloß statt dessen, gemeinsam mit dem vds „in der Analyse ihrer gemeinsamen Lage und in der Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie eng zusammenzuarbeiten“.

Wohnsituation verschlechtert Deutsches Studentenwerk übt Kritik an Planungspraxis für Studentenwohnheime

Nach Ansicht des Deutschen Studentenwerks (Vorsitzender Prof. Ellwein) wird die Wohnungsnot unter den Studenten weiter wachsen, wenn nicht rasch wesentlich mehr Geld für den Bau von Heimen und Wohnungen zur Verfügung gestellt wird. Zur Zeit existieren für die 450 000 Studenten an deutschen Hochschulen nur 55 000 Wohnplätze in Heimen. Damit finden nur 12,2 Prozent der Studierenden einen Platz. Diese Situation wird sich verschlechtern, wenn weiterhin nur 3 000 Wohnplätze jährlich wie bisher neu gebaut werden.

Nach Ansicht des Deutschen Studentenwerks muß künftig das Wohnungsange-

bot für Studenten differenzierter sein. Der bisherige Wohnheimbau trage nicht der Tatsache Rechnung, daß 16 Prozent der Studenten verheiratet seien. Das Studentenwerk übt auch harte Kritik an der Planung für den Hochschulbau. An die Studenten werde beim Ausbau der Universitäten nur selten gedacht. Ellwein bemängelte, daß die Studenten fast nirgends Plätze finden, wo sie sich in den Pausen zwischen den Vorlesungen aufhalten können. Die Planer berücksichtigten Forschung und Lehre, dachten aber nicht daran, daß an den Universitäten täglich viele zehntausend Menschen arbeiteten.

Die augenblickliche Studiensituation an den Ingenieurschulen ist unhaltbar. Studiengänge mit 40 Zeitstunden pro Woche sind keine Seltenheit; dazu kommen noch Referate und Laborberichte. Bis zu 25 Klausuren pro Semester sollen dazu dienen, den eingepaukten Stoff abzufragen. Bei diesem Leistungsdruck bietet sich dem Studierenden nicht die Möglichkeit der kritischen Reflexion des Stoffes. Man muß sich weitgehend mit Halbwissen zufrieden geben, da der Stoffplan des Semesters auf jeden Fall erfüllt werden muß.

Von politischer Aktivität an Ingenieurschulen war so lange nicht viel zu spüren, wie man den kultusministeriellen Dirigismus noch nicht klar erkannt hatte. Erst in diesen Tagen, da die Ingenieurschüler ein Semester aufs Spiel setzen, um ein fortschrittliches ihnen angemessenes Fachhochschulgesetz durchzukämpfen, zeichnet sich eine Politisierung ab. Erfreulicherweise haben hier schon vor allem die ESG, der SDS und der SHB Ansätze zu einer kommenden Zusammenarbeit gezeigt, indem sie sich eingehend mit dem Problem der Ingenieurschulen beschäftigt haben und über ein Referat für dieses Ressort verfügen.

An der Ingenieurschule für Bergwesen gibt es noch eine ganz besondere Schwierigkeit. Die Westfälische Bergwerkskassengemeinschaft, finanziert von den Bergwerkskassengemeinschaften, ist Schulträger. Etwa 60 Prozent der Studierenden wiederum haben Zechenstipendien; somit ist also ein und dieselbe private Institution Schulträger und Stipendiengeber.

Es ist dem AstA jedoch gelungen, auch die von Stipendien der Bergwerkskassengemeinschaft abhängigen Studierenden soweit zu sichern, daß ihnen der Streik nicht als Bruch des Stipendienvertrages ausgelegt werden kann. Die Stipendiaten werden während des Streiks in den Bergwerken arbeiten müssen.

Als einzige Reaktion auf den Streik hat das Kultusministerium durch einen Referenten die Studierenden an der Staatlichen Ingenieurschule in Düsseldorf aufgefordert, den Streik abzubrechen.

Begründung: Nach dem Schulverwaltungsgesetz ist Streik verboten.

„Elite-Universität“ erneut im Gespräch Die Zucht der technokratischen „Führungskräfte“ soll an konfliktfreie Hochschule verlagert werden

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über die geplante Errichtung einer Elite-Universität in der Bundesrepublik. Nachdem es um die staatlich errichteten „Forschungsuniversitäten“ wie Konstanz oder Bielefeld heftige Diskussionen und Widerstand bei den Studenten gegeben hat, werden in NRW wieder Pläne aus Mikats Kultusministerzeit ans Licht gezogen: Pläne der Großindustrie, eine Privatuniversität zu gründen, unterstützt von der FDP und der CDU. Rheinland-Pfalz bietet Worms als Standort an, in Hessen bewirbt sich Kassel, in Nordrhein-Westfalen Essen. Bislang fehlt noch ein potenter Geldgeber.

Als Gründe für die Notwendigkeit einer Privatuniversität wird vor allem Reformwillen ins Feld geführt: Anders als an den staatlichen Hochschulen, deren Professoren Beamte sind, ließen sich an einer Privat-Universität durchgreifende Reformen durchführen. Es ließen sich Modelle studentischer Mitbestimmung verwirklichen, die sonst immer wieder an der Ordinarienherrschaft scheiterten.

Das Beispiel für „vertrauensvolle

Zusammenarbeit“ von Professoren und Studenten liefern die amerikanischen Privathochschulen: 10 Studenten auf einen Hochschullehrer, der Professor als Betreuer und Ersatzvater, der seinen Schäfchen auch in privaten Nöten zur Seite steht.

Aber wie Demokratie im goldenen Käfig etwa der renommierten Wesleyan University (der reichsten Privatuniversität der USA) aussieht, schilderte vor kurzem ein Bericht in der ZEIT: „Alle bedeutenden Entscheidungen an einer amerikanischen Universität werden von der Verwaltung getroffen, und manchmal hat selbst der Lehrkörper nichts damit zu tun. Der Student wird natürlich dazu erzogen zu glauben, daß er sehr viel mit den Entscheidungen zu tun hat. Aber er wird in allen entscheidenden Fragen demokratisch hinterfragt.“

Es wäre denn ja auch zu seltsam, wenn ausgerechnet jene Kräfte der Wirtschaft, die gegen die Mitbestimmung der Arbeiter vorgehen, an ihren Hochschulen Demokratie verwirklichen würden; es wäre zu wunderbar, wenn ausgerechnet je-

ne politischen Kräfte, die eine Demokratisierung der staatlichen Hochschulen permanent verfolgen, für demokratische Modelle an Privathochschulen eintreten würden.

Die Absichten, die zur Gründung einer privaten Elite-Universität führen könnten, haben mit demokratischer Reform nichts zu tun. Der Großindustrie geht es vor allem darum, eine Ausbildungsstätte für ihre Führungskräfte zu finden und gleichzeitig ein noch stärker industrieorientiertes Forschungsinstrument aufzubauen, als das heute durch Vergabe von Forschungsaufträgen an die staatlichen Universitäten möglich ist. Demokratie, das wird deutlich, ist hierbei von vornherein ausgeschlossen. Inhaltliche Kritik an Forschung und Lehre einer solchen Elite-Universität ist sicher nicht im Sinne der Geldgeber, denn sie würde an die Grundfesten der Einrichtung rühren. Nicht die Entwicklung, sondern die Verhinderung kritischen Bewußtseins ist ihre Aufgabe. Anders wäre sie nicht lebensfähig. Gleichzeitig würden die zu erwartenden hohen Studiengebühren nur einer sozialen Oberschicht den Zugang zur Privatuniversität erlauben. Unter diesen Voraussetzungen kann das Gerede von demokratischen Modellen nur Augenwischerei bedeuten.

Diverse Politiker greifen dieses Gerede aber dankbar auf. Ihnen wäre viel geholfen, wenn es gelänge, die Privatuniversitäten zu Experimentierfeldern für demokratische Mitbestimmung emporzuzustilisieren und damit gleichzeitig eine Entschuldigung dafür zu finden, daß an den staatlichen Hochschulen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht verändert, sondern im Gegenteil noch gesetzlich zementiert werden.

„Reform“ in ihrem Sinne kann doch nur bedeuten, die Ausbildung staatsstreuer Technokraten in einen Bereich zu verlegen, der kritischen Studenten nicht mehr ohne weiteres zugänglich ist.

Studentenverbände unterstützen vds

Die im Bundesstudentenring zusammengeschlossenen Verbände (Ingenieurstudenten, Sozialakademiestudenten, Wirtschaftsakademiestudenten, Kunststudenten, Berufspädagogikstudenten und Seefahrtsschüler) wollen stärker als bisher zusammenarbeiten und möglichst bald politisch handlungsfähig werden. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Verbände dies damit begründet, daß die Auflösung der Studentenschaften betrieben werde und die „mit Vorwänden begründete Mittelstreichung“ für den vds schon bald auch andere Verbände treffen könne.

Der Bundesstudentenring sucht nach neuen Organisationsformen, um die Interessen der Studenten besser vertreten und „den Angriffen der Regierenden gegen die Studentenschaft Widerstand leisten zu können“.

Der Bundesstudentenring sagte dem kommissarischen Vorstand des vds volle Unterstützung zu, wenn er bis zur außerordentlichen Mitgliederversammlung, die im Mai stattfinden soll, die Diskussion über die politischen Ziele der Mehrheit seiner Mitglieder vorbereitet, um durch Beschlüsse seiner Studentenparlamente klare Aufträge an die Delegierten zu erreichen, auf der Basis seiner bisherigen Arbeit aktive Politik betreibt und seine fachliche Arbeit weiterführt.

Biologie in Münster

Der für das Wintersemester 1968/69 wegen Überfüllung an der Universität Münster verfügte Zulassungsschloß für Biologiestudenten der ersten drei Semester soll wieder etwas gelockert werden. Im nächsten Semester sollen 40 und im darauffolgenden Semester 60 Studienanfänger aufgenommen werden.

vds klagt gegen Regierung

Der vds kündigte einen Rechtsstreit gegen die Bundesregierung an. Er will feststellen lassen, daß die Bundesregierung den Kredit des Verbandes durch die Begründung für die Streichung der Mittel geschädigt hat. Der Bundesrechnungshof habe die Finanzen des vds aus den Rechnungsjahren 1966 und 1967 geprüft und dem Auswärtigen Amt darüber berichtet. Über den Inhalt dieses Berichtes habe das AA den vds informiert und dabei nirgendwo eine zweckfremde Verwendung der Gelder moniert. In dem Rechtsstreit soll auch festgestellt werden, daß die Bundesregierung es durch Verwaltungskostenzuschüsse ermöglicht habe, Personal einzustellen, das nur nach arbeits-

rechtlichen Bestimmungen entlassen werden darf. Schließlich will der vds feststellen lassen, daß der Entzug der Gelder ein Verstoß gegen die Chancengleichheit ist, weil damit die Studenten an der Wahrnehmung ihrer Rechte gehindert werden.

Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte, man sehe der Klage „mit Ruhe entgegen“. Ein Verband, der Untergrundtätigkeit betreibt und auf die Umgestaltung der Demokratie hinwirke, könne nicht mit Unterstützung rechnen. Außerdem sei der vds nicht mehr repräsentativ für die Studentenschaft. Über die Untergrundtätigkeit gebe es „täglich neue Erkenntnisse“.



DKP-Gefreiter Sepp Baumgartner war die Essener Attraktion

„Wir reichen allen die Hand“ DKP will politisches Profil gewinnen

800 Delegierte der DKP hielten am Wochenende in der Essener Gruga-Halle ihren ersten Parteitag ab. Westdeutsche Kommunisten wollen sich wieder am (parlamentarischen) Kräftespiel in der Bundesrepublik beteiligen, was bislang das KPD-Verbot verhinderte — am 28. September freilich noch als Teil der linken Sammelbewegung ADF.

Die beeindruckende Organisation der Mammut-Veranstaltung stellte die praktischen Möglichkeiten der vor 6 Monaten neugegründeten Partei überzeugend dar. Schwäche trat hingegen dort zutage, wo politische Gegenwartsprobleme aktuell interpretiert und politisch beantwortet werden mußten. Zu groß war dann die Verführung für biedere Altgenossen bescheiden aufzufüllen dem Jungvolk aus den Reihen der SDAJ die „Erfahrungen der Alten“ anzupfehlen, als Richtschnur allen „jugendlichen Elans“; zu groß die Borniertheit kleinbürgerlicher Familienväter um die Notwendigkeit eines emanzipatorischen Frauenprogramms einzusehen. Zu schwierig für Kurt Bachmann (59), den gewählten Parteivorsitzenden, den Bruch in der kommunistischen Weltbewegung auszusprechen.

Als der Marburger Kreisvorsitzende dergleichen Sorgen diskutieren wollte, zückte man ihn revolutionärer Bauchschmerzen. Diejenigen Genossen freilich, für die sich politische Realität am Denkschema zu orientieren hat, werden erst nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses von solchen Unpäßlichkeiten befallen werden.

Es wäre indes falsch, den Essener Parteitag am Sonntagsredner eines Herbert Mies zu beurteilen. Perspektiven eines Neubeginns zeigten sich, wo demokratische Auseinandersetzung manifest wurde: Die Delegierten, im Durchschnitt nur 37 Jahre alt, waren nicht bereit, wie es die Mandatsprüfungskommission vorgeschlagen hatte, ihre Delegierten auf Landesebene zu wählen, sondern bestanden darauf, daß die Kreise ihre Vertreter zu den Parteitagen entsenden. Freilich, noch immer träumt die Mehrheit der westdeutschen Kommunisten vom Aktionsbündnis DKP-SPD, von einer staatstragenden Funktion, während andere DKP-Genossen bereits in Fabriken, Schulen, Universitäten und Bundeswehr sozialistische Politik praktizieren.

BOCHUMER FESTWOCHEN 1969

FESTTAGE 50 JAHRE SCHAUSPIEL IN BOCHUM
TAGE EXPERIMENTELLEN THEATERS

SHAKESPEARE-TAGE 1969
14. bis 30. April 1969

SCHAUSPIELHAUS

Freitag, 18. April, 20 Uhr, Gastspiel der Städtischen Bühne Heidelberg
DIE VERFOLGUNG UND ERMORDUNG JEAN PAUL MARATS ...
von Peter Weiß

Sonnabend, 19. April, 18 Uhr, Eröffnungspremiere der Shakespeare-Tage
ROMEO UND JULIA von William Shakespeare

Sonntag, 20. April, 20 Uhr, Aufführung zu den Shakespeare-Tagen
EIN SOMMERNACHTSTRAUM von William Shakespeare

Dienstag, 22. April, 20 Uhr, Gastspiel des Schiller-Theaters Berlin
DAVOR von Günter Grass

Mittwoch, 30. April, 20 Uhr, Bochumer Premiere des Musiktheaters
im Revier, Gelsenkirchen
BOULEVARD SOLITUDE von Hans Werner Henze

KAMMERSPIELE

Donnerstag, 24. April, 20 Uhr, Eröffnungspremiere der Tage
experimentellen Theaters

VERBRECHEN AUS LEIDENSCHAFT von Joe Orton

Deutschsprachige Erstaufführung

Freitag, 25. April, 20 Uhr, Gastspiel des Staatstheaters Braunschweig
zu den Tagen experimentellen Theaters

DIE NACHT DER MORDER von José Triana

Sonntag, 27. April, 20 Uhr, Gastspiel des Schiller-Theaters (Werkstatt) Berlin
zu den Tagen experimentellen Theaters

ENDSPIEL von Samuel Beckett

Montag, 28. April, 20 Uhr, Gastspiel des Westfälischen Landestheaters
Castrop-Rauxel zu den Tagen experimentellen Theaters

NACH-SPIELE von Günter Wallraff

DER VORVERKAUF — AUCH TELEFONISCH UNTER 3 70 15 — 18 — BEGINNT DREI TAGE VOR JEDER AUFFÜHRUNG

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

teach-in nr. 5

Die Macht der Reaktion und die AStA-Strategie

Die folgende Stellungnahme des AStA ist entstanden aus Anlaß der Verweigerung der Selbstverwaltungsbeiträge für die Studentenschaft. Sie will versuchen, die Möglichkeiten und Ziele der studentischen Politik, insbesondere der Hochschulpolitik, aufzuzeigen. Sie versteht sich als Diskussionsbeitrag, nicht als ein fertiges Konzept. Wir glauben nicht, mit dieser Stellungnahme jene zu überzeugen, für die Politik sich noch immer zwischen Aktendeckeln abspielt. Sie sind uns gleichgültig wie jene, für die die Rolle der Universität und der Wissenschaft in der Gesellschaft kein Problem ist. Wir lehnen es ab, für jede Vorstellung im Kopf eines Studenten eine passende Formulierung zu finden. Wir legen kein Parteiprogramm vor, daß jeden befriedigt, aber zu nichts verpflichtet.

I Die Verweigerung der AStA-Beiträge ist nicht als eine isolierte Erscheinung zu verstehen, die allein die Bochumer Universität betrifft. Sie ist wie das Hochschulordnungsrecht, das Hochschulgesetz oder die Drohung, Stipendien linker Studenten zu streichen, ein Mittel, mit dem versucht wird, unbequeme politische Gegner mundtot zu machen. Ihr innerer Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen der Reaktion ergibt sich nicht unbedingt aus den subjektiven Vorstellungen derjenigen, die diese Kampagne gestartet haben, sondern aus ihrer inhaltslosen Konzeption. Die Kampagne verändert nichts am Bestehenden. Sie trägt nichts bei für eine demokratische Universität oder für einen kritischen Wissenschaftsbegriff. Da sie nicht einmal zu einer inhaltlichen Kritik an der Politik des AStA kommt, sondern vielmehr als ein bloß formaler Akt in einem „Anti“ verharret, dient sie nur den Reaktionsären und ihren Handlangern, die die organisierte Studentenschaft zerschlagen wollen, um ohne Störung die technokratische Hochschulreform durchzusetzen.

Deshalb lassen wir uns nicht auf die formale Auseinandersetzung ein, die die Initiatoren der Kampagne anstreben. Wir weigern uns, abstrakt über ein allgemeines Mandat und über das Sozialistische und Nicht-Sozialistische an der vds-Struktur zu diskutieren. Unser Problem sind nicht die Kleingeister und Kurztreckepolitiker à la RCDS und Biedenkopf. Ihre politische Dimension ist letztlich diejenige von Opportunisten und Handlangern, die nur das voll-

ziehen, was der Reaktion dient. Unser Problem ist die Organisation des Widerstandes gegen die Macht der Reaktion.

II Es ist inzwischen Allgemeingut, welche Funktion die Wissenschaft als Produktivkraft einnimmt, und daß das Interesse der Reaktion an der Universität sich aus dieser Funktion her erklärt. Ist der dialektische Zusammenhang von Universität und Gesellschaft schon lang und ausführlich theoretisch diskutiert worden, so hat er sich doch in der praktischen Arbeit kaum niedergeschlagen. Das hat sich auch in der Hochschulpolitik des AStA im vergangenen Semester gezeigt. Die Forderungen nach Drittelparität und Öffentlichkeit etc. wurden zum zentralen hochschulpolitischen Problem und verloren ihren Charakter als formale Organisationsprobleme im Rahmen einer neuen Universitätsstruktur. Dies konnte nur dadurch geschehen, daß man zumindest in der praktischen Arbeit uneingestanden von der Idee ausging, daß die Institution Hochschule auch in einer unveränderten, autoritären Leistungsgesellschaft demokratisiert werden kann. Damit mußte aber zwangsläufig die Diskussion von der inhaltlichen Neubestimmung der Rolle der Universität in einer veränderten Gesellschaft abgelenkt zu einer bloßen Debatte über ein funktionsfähiges demokratisches Gerüst.

Das schlug auf die Agitation zurück, indem nun die Studenten die Demokratisierung nur als eine abstrakte Norm begreifen mußten, die an den interessierten Staatsbürger appelliert, und nicht „als konkretes Bedürfnis und konkreter Anspruch des einzelnen, für den man sich persönlich einzusetzen habe“ (J. Hufschmidt). In dieser Hochschulpolitik, wie sie sich praktisch darstellte, war kein Ansatzpunkt für eine Politik, die über die Universität hinauswies. Die Forderungen konnten in den Gremien abgeblockt und kanalisiert werden, da sie die Hochschule und ihre Funktion nicht in Frage stellten.

Aus den Fehlern des vergangenen Semesters lassen sich weitreichende Folgen für eine bessere und veränderte Hochschulpolitik ziehen.

1. Hochschulpolitik muß als ein Teil der Gesellschaftspolitik verstanden werden. Das kann aber nicht erreicht werden über eine allgemeine und abstrakte Analyse des Zusammenhangs von Hochschule

und Gesellschaft, da sich daraus keine konkreten Handlungs- und Arbeitsmodelle entwickeln lassen. Es ist nicht unser Problem, Zustände zu beschreiben, sondern wir müssen inhaltlich das Ziel bestimmen, das durch die neue politische Perspektive angestrebt wird.

Aufgrund einer solchen inhaltlichen Definition kann die Umgestaltung der Hochschule nicht zu einem Selbstzweck werden. Die Definition kann aber nur aus einer gesamtgesellschaftlichen Analyse und Kritik entwickelt werden, innerhalb derer das Problem der Universität und der Wissenschaft als ein Teilbereich gelöst wird. Aus einer solchen Zielbestimmung müssen jedoch notwendig auch Modelle für die Arbeit außerhalb der Universität entwickelt werden, wenn die Hochschulpolitik sich nicht wieder isolieren soll.

2. Wie die Erfahrung, zuletzt an Hand der Entwicklung des Hoch-

schulgesetzes in NRW, lehrt, ist es naiv anzunehmen, innerhalb von Teilbereichen grundlegende progressive Veränderungen zu erreichen, ohne die Grundlagen der Gesellschaft progressiv zu verändern. Das bedeutet, daß die politische Arbeit im außeruniversitären Bereich zentrale Bedeutung erhält, und zwar insbesondere die Arbeit im Produktionsprozeß. Wir sind nicht der Überzeugung, daß eine —ideelle — Emanzipation der Studenten und der Wissenschaft in der Universität Vorbild zu einer Emanzipation überhaupt des Menschen in der Gesellschaft werden kann. Wir sind aber überzeugt, daß eine Emanzipation der Lohnabhängigen in sich die Emanzipation der Studenten und der Wissenschaft enthält. Erst im Rahmen einer solchen Konzeption kann Hochschulpolitik sinnvoll betrieben werden und muß nicht zu Resignation und unbefriedigenden Teillösungen führen.

3. Aus dem bisher Gesagten folgt jedoch nicht, daß Hochschulpolitik nur ein Derivat der außeruniversitären Arbeit in den Produktionsprozessen ist. Eine solche Annahme würde die zentrale Funktion der Wissenschaft, Erhaltung der bestehenden Machtverhältnisse, verkennen. Es verlagert sich jedoch der Schwerpunkt in den Inhalten der Hochschulpolitik selbst. Nicht mehr Strukturmodelle für eine neue Universität, sondern Kritik dessen, was gelehrt wird, muß im Vordergrund der Auseinandersetzung stehen. Wir müssen lernen, daß nicht in erster Linie die autoritären Strukturen der Wissensvermittlung die Rolle der Universität aufdecken, sondern vielmehr die Inhalte und Anwendungen des Gelehrten und Gelernten. Die Kritik daran darf nicht allein aus methodischen Alternativen heraus artikuliert werden, sondern sie muß mit den konkreten Problemen, die sich aus der

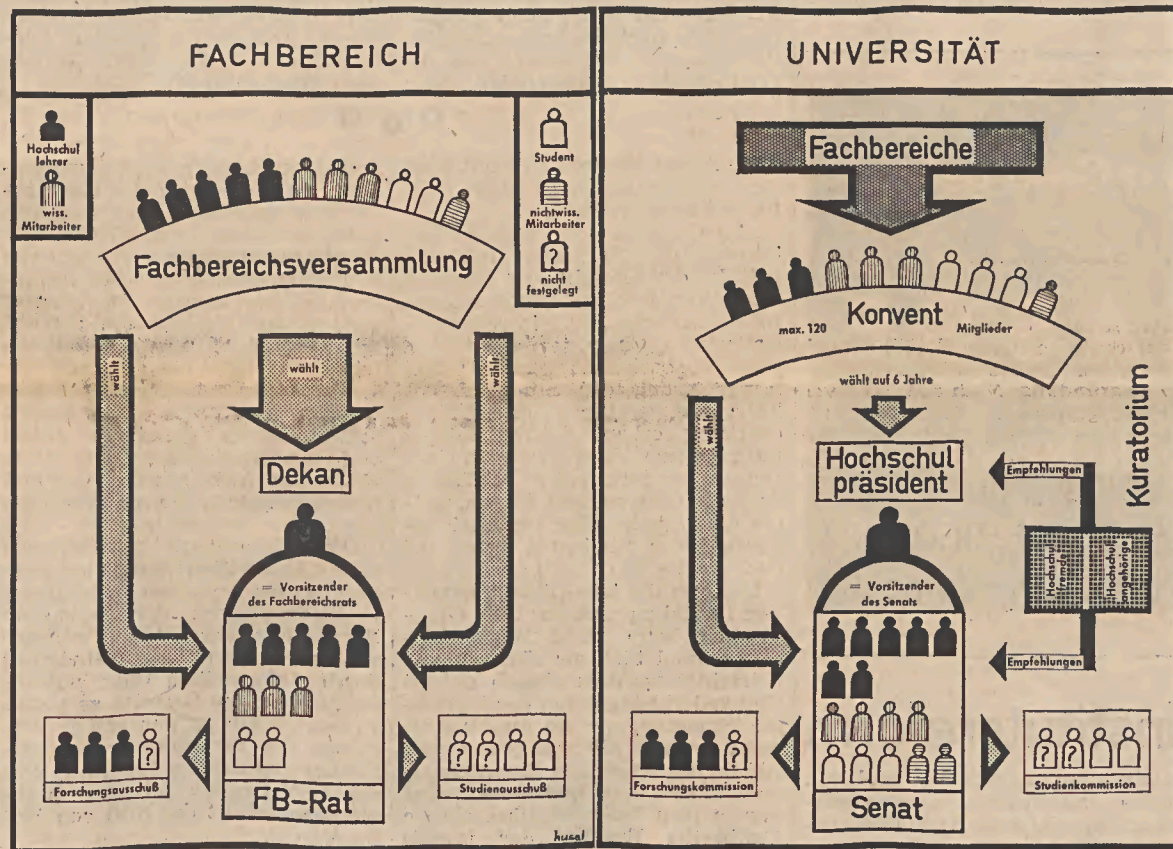
außeruniversitären Arbeit ergeben, in Zusammenhang stehen. Die auf diese Weise praxisbezogene Kritik an der Wissenschaft und ihrer Organisation dient zur Grundlage der Agitation innerhalb der Hochschule. Nicht mehr Mobilisierung der Studenten für kurzfristige und abstrakte Ziele, sondern Aufklärung über die Funktion des Akademikers nach seiner Ausbildungszeit und über den Mangel an praktischer Kenntnis für seinen Beruf sowie die Ausbildung für eine progressive Berufspraxis schon während des Studiums müssen Ziel der Agitation sein. Damit ist aber auch schon der dritte Bereich studentischer Politik angesprochen: nämlich Aufklärung und Agitation an den zukünftigen Arbeitsstätten der Studenten, insbesondere an den Schulen.

III Eine solche hochschulpolitische Konzeption im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive vermeidet die bisherigen Fehler. Sie zielt nicht mehr auf periphere Veränderungen ab, sondern auf eine tatsächliche Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse. Sie verkündet nicht ferne Ideale, um dann im politischen Pragmatismus zu enden. Sie erst erlaubt einen sinnvollen Widerstand gegen die Macht der Reaktion.

Aber wir dürfen es uns nicht zu leicht machen. Mit der Formulierung einer politischen Perspektive ist noch nichts gewonnen. Die Schwierigkeiten beginnen erst, sie zeigen sich in der praktischen Arbeit. Die sinnvolle Organisation und Koordination der unterschiedlichen Bereiche, die Erweiterung der noch schmalen Basis in- und außerhalb der Universität, die Verteidigung erreichter Positionen — das ist nur ein Teil der Probleme, die im Sommersemester auf uns zukommen.

Wir dürfen nicht erwarten, daß die Reaktion tatenlos zusieht. Sie wird massiven Druck ausüben, um zu verhindern, daß sich in den Universitäten die Keimzellen ihres Abganges bilden. Auch wenn wir erkennen, daß die Universität nicht mehr Zweck und Ziel unserer Politik ist, daß sie vorläufig nur eine Stätte ist, an der wir die für uns notwendige bürgerliche Wissenschaft uns aneignen, um sie gegen die bürgerliche — Gesellschaft zu wenden und über sie hinauszugehen, so bleibt die Universität als Ausgangspunkt studentischer Politik und aufgrund ihrer Funktion eines unserer zentrale Probleme.

Schema der Hochschulorganisation nach dem Entwurf der NRW-Regierung



Gleichschaltung der Hochschulen

An Hochschulgesetzentwürfen besteht in Nordrhein-Westfalen kein Mangel: der vds-Landesverband, die Landesassistentenkonferenz, die Landesrektorenkonferenz, der SPD-Bezirk Westliches Westfalen und die Landesregierung haben innerhalb des letzten halben Jahres ihre Vorstellungen publiziert. Bernd Westermann hat die Entwürfe einer vergleichenden Analyse unterzogen.

Struktur des Lehrkörpers

Nach den Vorstellungen der Assistenten soll der Lehrkörper zukünftig nur noch aus Professoren und Assistenten bestehen. Voraussetzung für Professur und Assistentenprofessur soll nicht mehr die Habilitation, sondern der Nachweis wissenschaftlicher Qualifikation und entsprechender Lehrbefähigung sein. Assistentenprofessoren werden auf sechs Jahre, Professoren auf Lebenszeit angestellt; den herkömmlichen Typ des von seinem Ordinarius abhängigen wissen-

schaftlichen Assistenten gibt es nach diesem Modell nicht mehr.

Auch der vds verlangt eine strukturelle Reform des Lehrkörpers und vor allem einen unabhängigen Mittelbau, ohne allerdings für seinen Gesetzesentwurf entsprechende Konsequenzen zu ziehen. Der Entwurf des Bezirks Westliches Westfalen hat sich die Vorstellungen der Assistentenschaft weitgehend zu eigen gemacht. Auch er sieht Assistentenprofessur und Abschaffung der Habilitation vor.

Selbstverwaltungsorgane

Alle Gesetzesentwürfe sehen grundsätzlich Zweistufigkeit der Universitätsverwaltung vor mit Legislativ- und Exekutivorganen auf Fachbereichs- und auf Gesamthochschulebene. Der Proporz ihrer Besetzung ist jeweils Maßstab für die demokratische Substanz eines Entwurfs — oder für sein Festhalten an überholten Feudalstrukturen.

Der vds fordert drittelparitätische Besetzung sowohl des Abteilungsrates als auch des Hochschulparlamentes. Diese Forderungen verwirklicht auch — bei fünfprozentiger Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Bediensteten im Hochschul-

parlament — der Entwurf des Bezirks Westliches Westfalen. Am stärksten sind die Studierenden am Willensbildungsprozeß nach dem Assistentenentwurf beteiligt, der für die Grundgremien einen Proporz von 40:40:20 zwischen Lehrkörper, Studenten und wissenschaftlichem, technischem und administrativem Personal vorsieht.

Holthoffs Regierungsentwurf schließlich enthält die differenziertesten Proporzregelungen, die alle Hochschulangehörigen irgendwie beteiligt, ohne aber die Unterprivilegierungen zu beseitigen. In der Fachbereichsversammlung (Auf-

gaben u. a. Wahl des Dekans und Beschluß der Satzung) sind Ordinarien, wissenschaftliche Mitarbeiter, Studenten und Personal im Verhältnis 5:3:2:1 vertreten, im exekutiven Fachbereichsrat 5:3:2.

Lediglich im Konvent, der 3:3:3:1 von den obengenannten Gruppen besetzt ist, kann von einer effizienten studentischen Beteiligung gesprochen werden. Der ansonsten weitgehend funktionslose Konvent wählt den Hochschulpräsidenten und die Mitglieder des Senats, so daß diese ihren Abteilungen nicht mehr wie bisher verantwortlich sind. Dem Senat, der die wesentlichen Grundsatzentscheidungen im

Bereich von Forschung und Lehre zu treffen hat, gehören an: der Hochschulpräsident als Vorsitzender, sieben Hochschullehrer, vier wissenschaftliche Mitarbeiter, drei Studenten und zwei nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.

Damit ist in diesem wichtigsten Gremium der Universität das professorale Primat faktisch gewährleistet. Die Bedeutung des Senats ist insofern wieder eingeschränkt, als er den Hochschulpräsidenten nicht effizient zu kontrollieren vermag. So ist charakteristisch für Holthoffs Entwurf die Machtverschiebung auf die Spitzenorgane, die von unten faktisch nicht mehr kontrollierbar sind.

Politisches Mandat?

Zu den meistdiskutierten Problemen der Hochschulreform gehört das politische Mandat der Studentenschaft, also das Recht, als Organ der repräsentierten Studenten politische Meinung zu äußern.

Seitdem die Studenten sich nicht mehr darauf beschränken, Antikommunisten der Obrigkeit willig zu reproduzieren, ist es ein Ziel-punkt obrigkeitlicher Hochschulreform geworden, das politische Mandat der Studentenschaft zu negieren.

Holthoffs Entwurf stellt in diesem Bemühen eine neue Variante vor. Zwar wird die Ausgestaltung der Aufgaben der Studentenschaft den Hochschulverfassungen überlassen, aber die Studentenschaft in ihrer alten Form als Korporationen aller Studierenden werden beseitigt. Dem einzelnen wird es freigestellt, der Studentenschaft fernzubleiben.

Damit wird die Teilkorporation Studentenschaft zu einer Art Studentengewerkschaft umfunktioni-ert, die von rechten und beitragszahlungsunwilligen Kommilitonen leichter paralytisiert werden kann.

Die ministeriellen Reformer interessiert allein, wie sie die Studentenschaft als dem obrigkeitlichen Machtanspruch im Hochschulbereich lästige politische Kraft eliminieren können, um dann die politisch ohnmächtigen Studenten um so leichter in die ihnen zugewiesenen Positionen an der Hochschule zu integrieren.

Im Gegensatz zu Holthoff betonen seine Parteigenossen vom Bezirk Westliches Westfalen ausdrücklich die Notwendigkeit einer alle Studierenden umfassenden Institution als Träger eines politischen Mandats: „Sie (die Studentenschaft) ist berufen, ebenso wie die Hochschule als Ganzes, bei der Gestaltung einer freiheitlichen, de-

demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Gesellschaftsordnung mitzuwirken.“ Auch der Assistentenentwurf nennt in seinem Aufgabenkatalog der Studentenschaft an erster Stelle: „die Förderung der

Öffentlichkeitsprinzip

Der vds fordert die grundsätzliche Öffentlichkeit universitärer Gremien als Voraussetzung dafür, daß alle am Wissenschaftsprozess Beteiligten mitentscheiden können. Im Gesetzesentwurf des vds, der Assistenten und des Bezirks Westliches Westfalen ist diese Forderung erfüllt. Die Sitzungen der Grundgremien auf Fachbereichs- wie auf Gesamthochschulebene sollen öffentlich sein. Auf Holthoffs Referenten aber scheinen die mannigfachen Versuche von studentischer Seite, die Öffentlichkeit exklusiver Kollegien durch go-ins herzustellen, ohne Einfluß geblieben zu sein. Der Regierungsentwurf schweigt sich in der Frage der Öffentlichkeit von Konvents-

politischen Bildung und des kritischen Verantwortungsbewußtseins der Studenten für die Verwirklichung einer freiheitlich-demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung.“

Senats- und Fachbereichsratssitzungen aus.

Eine weitere vor allem von studentischer Seite erhobene Forderung ist die nach der Öffentlichkeit von Universitätsprüfungen. Dies wird von den Entwürfen des vds, der Assistenten und des SPD-Bezirks Westliches Westfalen grundsätzlich anerkannt. Einschränkungen auf Antrag des Kandidaten (Westliches Westfalen) oder der Zuhörerzahl (Assistentenentwurf) erscheinen mit Rücksicht auf die psychische Situation des Prüflings vernünftig. Der Regierungsentwurf allerdings sieht nur ein Rudiment echter Prüfungsöffentlichkeit vor, nämlich die Teilnahme solcher Studenten, die die Prüfung demnächst auch ablegen wollen.

Autonomie der Hochschule

Die Forderung nach Autonomie der Hochschule wird übereinstimmend von allen Mitgliedern der Korporation Hochschule erhoben. Dem Staat, verkörpert vom Kultusminister, wird lediglich eine Rechtsaufsicht zugebilligt und der Genehmigungsvorbehalt für universitäre Satzungen und Verfassungen.

Die Finanzierung der Hochschulen soll nach den Vorstellungen des vds wie auch der Assistenten durch Globalzuweisungen aus dem Staatshaushalt des Landes NRW erfolgen. Die Hochschulen verfügen dann in eigener Zuständigkeit über ihren Haushalt. Für die Planung und Koordination auf Landesebene stellt der vds eine drittelparitätisch besetzte Hochschulkonferenz als Selbstverwaltungsorgan zur Dis-

kussion, die neben Vertretern des Landtags und des Kultusministeriums Mitglieder in einen Landeshochschulrat delegiert, der über grundsätzliche Finanzierungs- und Entwicklungsprobleme beraten soll.

Holthoffs Entwurf unterwirft dagegen die Hochschulautonomie weitgehenden Einschränkungen. Neben der allgemeinen Rechtsaufsicht soll dem Kultusminister auch noch eine besondere Fachaufsicht zustehen. Im Entwurf Westliches Westfalen darf diese nur durch allgemeine Weisungen wahrgenommen werden. Der Regierungsentwurf spricht davon, sie solle in der Regel durch allgemeine Weisungen erfolgen, die Möglichkeit konkreter Weisungen ist nicht ausgeschlossen.

Fortsetzung Seite 4

Form und Inhalt der vds-Politik

„Solange es Organisationen gibt, die von der Rechtfertigung ihrer eigenen Problematik leben, wird Kooperation verhindert. Da hilft nur die Zerschlagung der Organisation, die Freilegung der tatsächlichen Probleme und eine Neuorganisation auf diese Probleme hin.“ (V. Gerhardt, u. a.: Zur Organisation studentischer Interessenvertretung)

Diese Sätze richten sich gegen die bisherigen Gremien des vds. Sie wurden vor der MV geschrieben, und zwar von Funktionären, die dann selbst auf der MV von der sozialistischen Linken des Sozialdemokratismus bezichtigt wurden. Dies nur zur Illustration der breiten Ablehnung, die die alte vds-Struktur erfuhr und die in der Annahme einer neuen ihren adäquaten Ausdruck fand.

Das Problem der Basisaffinität unserer Organisationen und das der ideologischen bzw. unpraktischen Trennung von Wissenschaft und Politik wurde so zuerst umfassend im vds angegangen, obwohl es ebenso in den örtlichen Studentenschaften angelegt ist (woraus wir unsere Konsequenzen zu ziehen haben!) und von ihnen aus entwickelt wurde:

„Der Aufbau der Studentenschaft verhindert trotz politischer Aktivität an der Spitze, daß sich die Bewegung auch konsequent in den anderen Bereichen durchsetzt... Der AstA ist durch die Trennung

von der Arbeit der Fachschaften nicht in der Lage, seine Politik als Konsequenz der Politik in den Instituten und Seminaren zu verstehen.

Die Gesamtvertretung kann auch ihre Politik nicht als das Allgemeine der Politik an der Basis verstehen, denn es gibt keine durchgängige Legitimation von den fachlich-politischen Vertretungen in den Arbeitseinheiten der Universität zur Gesamtvertretung...

Die Isolierung der Hochschulpolitik des AstA verhindert die Reflexion der Fachgrenzen und wirft die Fachschaften verstärkt in die unpolitische, kommunikationslose Spezialisierung zurück...

Die historischen Verdienste des vds (vor allem im Sozialbereich) täuschen über seine Bedeutungslosigkeit für den einzelnen Studenten nicht hinweg. Der Grund liegt primär in der Organisation der örtlichen Studentenschaft, die Politik in einem strukturellen Überbau betreibt.“ (Gerhardt u. a.)

sierte Auflösung des Föderalismus, neokolonialistische Entwicklungshilfe etc. ist seitens der sozialistischen Opposition und der radikal-demokratischen Studentenbewegung nicht als zufällige Aneinanderreihung verstanden worden...

Zu Beginn dieses Jahrzehnts ließen zunehmende internationale Konkurrenz und reaktionärer Immobilitätsmus der Hochschulen Pläne zur Technokratisierung der Universitäten (Picht, Wissenschaftsrat) entstehen, die auf Wachstum des

out-puts qualifizierter Spezialisten abzielten.

Die Studenten begriffen in der Auseinandersetzung diesen Angriff gegen die partielle Freiheit ihres Arbeitsplatzes bald als Symptom der Formierungstendenzen und gingen in ihrer Abwehr zur Kritik des Kapitalismus selbst über. Aus der Forderung nach mehr Studienplänen gelangten wir zu einem Wissenschaftsbegriff, der Wissenschaft als emanzipatorische Kraft verstand.

Im internationalen Rahmen dieser Bewegung durchlief die französische Studentenschaft eine ähnliche Entwicklung, was dann zur Formulierung des Entwurfs der neuen Charta der uns befreundeten UNEF führte: „Die Bekämpfung der bürgerlichen Universität ist der ureigenste, wenn auch nicht ausschließliche, Aktionsradius der UNEF und ihre permanente Aufgabe: Kampf auf allen Ebenen gegen das Erziehungssystem und seine Rolle, in der es die Studenten für die bürgerliche Gesellschaft vorbereitet. Unsere Forderungen bezüglich der Auswahl und der beruflichen Ausrichtung haben keinen Sinn, wenn sie nicht zusammen-

gehen mit dem Kampf gegen das kapitalistische System.“

Dieser Tendenz entspricht sowohl der Schritt der APO von punktueller immanenter Kritik zur Systemkritik als auch die Mobilisierung an den Hochschulen... Die Einsicht in die Unwahrscheinlichkeit und politische Konsequenzlosigkeit der Verweigerung, des drop-outs, sowie andererseits die Gefahr der Integration der Hochschulabsolventen durch den Apparat, hatte also konsequenterweise linker Hochschulpolitik die Dimension späterer Berufspraxis gegeben, wie es besonders die Germanisten versuchten.

Es war nicht um technokratische Reformen zu ringen, die bis hin zur CSU sowieso jeder anstrebt, sondern diese Technokratisierungsbemühungen zur out-put-Steigerung von Verwaltern des Systems waren zu entlarven und ihnen das Modell eines Studiums der Emanzipation und der Einübung revolutionärer Berufspraxis entgegenzusetzen...

Es gilt eben nicht idealisierte Hochschulmodelle in jahrelangem Kampf zu erringen und damit die gegenüber den arbeitenden Massen Privilegierten weiter zu privilegieren, sondern administrative Repression derart zu minimieren, daß die gesellschaftlich notwendige Vor-

bereitung der Berufspraxis innerhalb der Universität betrieben und Basisgruppen in der Produktion und Verwaltung etc. geholfen werden kann.

Wissenschaft verstanden als der Versuch der Befreiung des Menschen von unbegriffenen Mächten, verlangt eine Strategie, deren Ansatz zwar die Hochschule darstellt, deren Ziel jedoch in der Produktion zu finden ist... Student-sein heißt somit, sich im Durchgangsstadium zu befinden. Unsere Hochschulpolitik begreift sich somit nicht als Modell, sondern als ein Mittel der Revolutionierung der Gesellschaft.“ (Politischer Ausschuss / Internationaler Ausschuss: Warum noch Hochschulpolitik?)

In diesem Kontext gewinnt auch die traditionelle studentische Politik eine neue Qualität:

„An die Stelle der sozialen Betreuung der Studenten tritt die Politik der Beseitigung sozialer Schranken. Der Vertretung sozialer Interessen wird der rein selbstverwalterische Charakter genommen, indem die bestehende soziale Unterprivilegierung der Studenten als Teil gesamtgesellschaftlicher Unterdrückung erkannt wird. Sie ist nicht länger mehr Verwaltung eines Defizits, sondern muß zu politischen Auseinandersetzungen führen, welche die Ursachen der Unterprivilegierung der Studenten beseitigt.“ (Gerhardt u. a.)

Um nun die inhaltliche Perspektive formal zu wenden: „Die Organisation kann nicht länger eindimensional bloß als „Instrument“ betrachtet werden: ebenso gut ist sie (weil abhängig von der konkreten Situation, die sie qua Instrument ändern hilft) Ergebnis und Abbild der jeweiligen Kampfphase; anders: sie ist als Instrument sogar nur in dem Maße tauglich, als sie gleichzeitig Resultat der jeweils

erreichten Kampfphase ist und sensibel auf die an der Basis geführten Strategiediskussionen reagiert“, denn „zwar bleibt die Hochschule Durchgangsstadium, aber nicht wie ein Mittagsschlaf, der für revolutionäre Berufspraxis restauriert, sondern als ein für die meisten ungeheuer wichtiger Sozialisationsfaktor, der revolutionäres Bewußtsein allererst entwickelt. Und eine situativ spezifische Sozialisation bringt situativ spezifische Interessenkonstellationen hervor, die es weiterzuentwickeln, nicht aber moralisch-postulativ zu unterdrücken gilt...“

Damit kommt die Zeitdimension erneut in die Überlegung, und zwar negativ: als empirisch feststellbare Ungleichzeitigkeit der regionalen Entwicklung, deren Aktivitäten sich winden von dem Versuch, Studenten durch Information über wissenschaftspolitische Gremien zu politisieren bis hin zu den ersten Versuchen der Einübung revolutionärer Berufspraxis (in Frankfurt geht die DSV-Gruppe mit der Hochschuldenkschrift des SDS von 1961 hausieren).

Diese Ungleichzeitigkeit kann nicht abstrakt in permanenter partikularistischer Aktivität überwunden werden, sondern nur über eine organisatorische Vermittlung: gleiche Informationen über den Prozeß der Technokratisierung z. B. haben an verschiedenen Hochschulen verschiedenen Wert...

Das Organisationsproblem stellt sich für uns nicht dar als ein dimensionales Eingeben von „Basisdaten“ in einen Apparat, der diese bloß nach außen transmittiert. Vielmehr besteht ein dialektischer Zusammenhang zwischen Basis und Organisation: deren Qualität, die sich langfristig im Abbau der Un-

gleichzeitigkeit erweist, wirkt auf die Qualität jener entscheidend zurück...

Die Qualität der Organisation mißt sich nicht länger an der immanenten Perfektion, sondern an dem Grad der sukzessiven Überführbarkeit der Koordinationsinhalte in die Basis selbst.

Die Verbandsstruktur ist um so effektiver, je mehr sie subsidiär die Basis Instand setzt, sich von ihr zu emanzipieren, während jedes organisationsimmanente Effizienzalkül die Verselbständigung von Institutionen begünstigt.“ (ASTA Frankfurt) Die Zitate bisher (aus papers zur MV) waren quasi der wesentliche Inhalt der Strukturdebatte, die in ihnen antizipiert wurde.

Und dies schlug sich in dem neuen Strukturmodell als ihr Resultat nieder:

„Widerstand wird jetzt bestimmt durch das Infragestellen der Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft, den Versuch, im Angriff auf die Ordinariatsuniversität den Herrschenden die Verfügungsgewalt über Inhalte, Organisation von Wissenschaft und deren Träger zu entziehen.“

Zugleich bedeutet Widerstand die Organisation eines Wissenschaftsbetriebes, der den Studenten die Möglichkeit gibt, sich in ihrem Studium, auch fachspezifisch, für eine Revolutionierung der Gesellschaft auszubilden.

Der Kampf an den Instituten verbindet die inhaltliche Neubestimmung von Wissenschaft in der Einbeziehung der als Studium zu betreibenden politischen Praxis mit Forderungen zur längerfristigen institutionellen Absicherung demokratischer Elemente in der Universität...

Die verschärften politischen Disziplinierungsversuche, bundesweites Ordnungsrecht, die unverschleierte Formierungsversuche der Universitäten für den Produktionsprozeß in Form der technokratischen Hochschulreform haben die Hochschulrevolte auch in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten, in den pädagogischen Hochschulen und Ingenieurschulen entzündet...

Zweck struktureller Entscheidungen ist es nicht länger, bestimmte Funktionen für undefinierbar lange Zeiträume bei bestimmten Institu-

tionen zu monopolisieren. Es gilt vielmehr:

a) ein Gerüst dafür zu entwickeln, daß einmal strategisch ausgewiesene Schwerpunktprojekte und zum anderen die ständigen Aufgaben des vds (im Sinne einer traditionellen Interessenvertretung) überhaupt wahrgenommen werden;

b) durch institutionelle und personelle Verflechtungen dafür zu sorgen, daß die Artikulation überregionaler Ziele des studentischen Kampfes schrittweise näher an der Basis erfolgt. Damit kann es auch keine fest institutionelle Kompetenzabgrenzung der Verbandspolitik gegenüber der Basisarbeit geben, sondern in unmittelbarer Kommunikation müssen sich die Praxismomente durchdringen, die momentan verschieden, tendenziell aber ausgleichbar sind.“

Jeder, dem die Flugblätter unserer lokalen Rechtsgruppe über die neue vds-Struktur und die blut-schänderischen Beziehungen des ASTA zu ihr zur Hand sind, könnte sie angesichts dieser Zitate und mit einem Blick auf die neue Struktur auf ihre Realitätstüchtigkeit hin überprüfen. Er könnte sich z. B. fragen, wo denn „die nackte Macht“, „um nichts als die“ es dem ASTA angeblich geht, bleibt, wo also „die Beseitigung der pluralistischen und demokratischen Struktur“ wohl zu finden ist, ob tatsächlich „politische Bevormundung!“ dahingehend besteht, daß „einzige Legitimation für die Teilnahme an den Entscheidungen im vds das richtige revolutionäre Bewußtsein sein (soll), wo denn „die bisherigen Aufgaben des Vorstandes (studentische Interessenvertretung)“, „in den Hintergrund (rücken)“?

Man kann es verstehen, daß

Gruppen wie BSU und RCDS, deren politischer Horizont nicht über das kleinkarierte Funktionsarüstum in sog. Repräsentationsorganen hinausgeht, sich einbilden, jemanden „vertreten“ zu können, mit dem kontinuierlich zusammenzuarbeiten sie nicht einmal das Bedürfnis verspüren.

Daß sie die neue Struktur ziemlich verwirrt, ist verständlich. Ersttaunlich ist nur das enorme Ausmaß der mentalen Desorganisation, daß sie nämlich nicht einmal mehr den Text zu lesen verstehen; denn in ihm steht, daß zu einer Projektbereichskonferenz alle Fachschaften und (soweit bekannt) Basisgruppen eingeladen werden müssen. (Merke: Eine Fachschaft kann ich wählen, in einer Basisgruppe kann ich sogar mitarbeiten; in den alten vds konnte ich nur (als Spitzenfunktionär) gewählt werden, im neuen vds kann ich mitarbeiten.)

Ebenso zu denken geben andere evidente Fehl-„Informationen“, die eine schreckliche Unwissenheit der doch mit so viel „Sachverstand“ Begabten dokumentieren: so sollen (angeblich) „nur Projektbereiche Anspruch auf finanzielle Unterstützung (haben)“, ist (angeblich) die MV „entmachtet“ worden, kann (tatsächlich) der Zentralrat gegenüber dem Vorstand ein böses „imperatives Mandat wahrnehmen und ihn abwählen“ — nur ist das nichts Neues und für die demokratische Kontrolle sogar Notwendiges, deshalb konnte das der Delegiertenrat schon vor ihm u. s. f.

Mögen sich die Rechten auf solch ein Niveau von „Argumentation“ ruhig begeben: der AstA jedenfalls wird seine Politik weiterhin inhaltlich vertreten. Mögen die Rechten ruhig (und in keinem Wort weiter ausgeführt) von „Aufoktroierung einer sozialistischen Konzeption“, von „Negierung der demokratischen Grundordnung“ seitens des ASTA reden: der AstA wird weiterhin

oetrois da bekämpfen, wo sie wirklich stattfinden; er wird weiterhin nur da etwas negieren, wo etwas negierbar, also vorhanden ist; er wird weiterhin die sich selbst „nichtssozialistisch“ und dennoch demokratisch nennenden Konzeptionen bekämpfen und aufzeigen, daß sie das im Wort Demokratie Verheißene weder theoretisch noch praktisch entsprechend den Verhältnissen einer kapitalistischen Gesellschaft politisch vermitteln können.

P. Kasper

IMMER wenn's um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

Neues Buch zur Institutsreform

Die studentische Politik des letzten Semesters versuchte in fast allen Abteilungen die paritätische Mitbestimmung zu erreichen. Außer bei den Historikern versickerte die Mitbestimmungskampagne in Diskussionen über den Einfluß der Öffentlichkeit auf die Effektivität der Gremien und die Notwendigkeit der Vertraulichkeit von Berufungsverhandlungen. Die professorale Abwehrargumentation konnte nicht als ideologisch (zum Zwecke der Erhaltung der eigenen Privilegien) und unlogisch entlarvt werden, weil

1. das Verlangen nach Mitbestimmung losgelöst von der Forderung nach einer Infragestellung des bestehenden Wissenschaftsbetriebes und seiner Ziele vertreten wurde;
2. kaum die Verflechtungen der Wissenschaft mit wissenschaftsfremden Elementen und Interessen bewußt waren;
3. der Zusammenhang von Selbst-

bestimmung im Studium und den Zielen und Formen wissenschaftlicher Arbeit außerhalb der Diskussion blieb.

Ebenso fehlte die Perspektive, welche Veränderungen des Wissenschaftsbetriebes nach der Änderung der Entscheidungsstrukturen (als Mittel zu weiteren Änderungen) folgen sollen.

Der Mangel an Information und das Manko an Analysen des Wissenschaftsbetriebes kann durch die 36 Dokumente, aufgegliedert nach praktizierten und projektierten Modellen und Perspektiven, die der vds in „Institutsreform — Modelle studentischer Mitbestimmung“ herausgegeben hat, aufgehoben werden. Diese Dokumentation ist nur nebenbei eine Dokumentation der Institutsreformen, im wesentlichen ist sie eine Analyse und ein Programm zur studentischen Politik. Sie ist für 3 DM im AstA zu erhalten.

MK

Gleichschaltung der Hochschulen

Fortsetzung von Seite 3

Damit sind Entscheidungen in Fragen der Planung und Entwicklung weitgehend der Befugnis der Hochschulselbstverwaltung entzogen.

Ein von der Hochschule auf sechs Jahre gewählter und von der Landesregierung unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit ernannter Präsident mit weitgehenden Befugnissen verstärkt die Eingliederung der Hochschulen in die allgemeine Landesverwaltung und

verringert die Bedeutung der Selbstverwaltungsgremien. Diese aber erscheinen wegen ihrer undemokratischen Struktur wenig geeignet, ein Gegengewicht zu der in Holthoffs Entwurf tendenziell enthaltenen Beseitigung der Hochschulautonomie zu bilden, zumal der Senat als wichtigstes Selbstverwaltungsorgan und der Hochschulpräsident als Landvogt des Kultusministers eine effizienten Kontrolle von unten nicht unterliegen.

Die Ausweitung der Basisgruppen hat gezeigt, daß der liberale Journalismus überwunden werden muß. Das hat konkrete Folgen für die BSZ, die glaubte, durch Veröffentlichung von Konflikten in den jeweiligen Teilbereichen von Universität und Gesellschaft zur Politisierung der Studenten beizutragen. Sie glaubt, durch bloße Information und Kommentare schon politisch zu wirken, vernachlässigt aber, daß der Skandal und Konflikt vom Leser stets in der unpolitischen Konsumhaltung aufgenommen wird.

Aufklärung benötigt Praxis, d. h. nur die an der Basis Arbeitenden können durch die Vermittlung ihrer Praxis noch Aufklärung betreiben, allerdings nicht für den, der nur kritisches Wissen speichern will und dessen Intellektualität ihn daran hindert, den Schritt in die Praxis zu machen, da diese die Theorie ständig in Frage stellt.

Der irrsinnig hohe Output von kritischer Literatur wird durch das Konsumverhalten der Leser permanent neutralisiert. Die Redakteure verselbständigen sich und suchen, nur noch die Zeilen zu füllen. Darum folgt, daß eine Zeitung in erster Linie von den aktiven Basisgruppen für die arbeitenden Genossen gemacht werden muß, um die Koordinierung und Intensivierung der Arbeit zu gewährleisten.

Nur im Zusammenhang mit dem täglichen politischen Kampf verliert

der Journalismus sein liberales Gehabe und wird zur revolutionären Arbeit. Nur dadurch kann den tendenziell Unpolitischen eine Alternative aufgezeigt werden. Außerdem ist eine solche Basisgruppenzeitung wichtig für die überregionale Zusammenarbeit.

Was nun die Organisationsfrage betrifft, so hat sich auf der Arbeitskonferenz klar gezeigt, daß die Diskussion über abstrakte Modelle der Organisation (Kader, Partei) sinnlos ist. Zur Zeit kommt es darauf an, die Basisarbeit an den einzelnen Unis zu erweitern. Das führt vorerst auf überregionaler Ebene zur weiteren Dezentralisierung und Politisierung. Eine gegenläufige Entwicklung kann sich erst dann ergeben, wenn aus der jeweiligen Basisarbeit an den Unis die Notwendigkeit einer arbeitsteiligen Zusammenarbeit entsteht, d. h. wenn die einzelnen Gruppen mit konkreten inhaltlichen Forderungen auftreten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Verhältnis von außeruniversitärer und interner Arbeit. Dabei wird es darum gehen, inwieweit von den Basisgruppen inhaltliche Fragestellungen an die einzelnen Fachbereiche herangetragen werden, die wissenschaftlich bearbeitet werden müssen. Das bedeutet, daß in Bochum die Wissenschaft der Lage innerhalb des Ruhrgebiets Rechnung tragen muß und ihre Forschung als Emanzipationsinstru-

ment der Arbeiter versteht. Erst dadurch bekommen die Demokratisierungsbemühungen eine inhaltliche Perspektive.

Die zahlreichen Gruppen auf der AK zeigten, daß wir unsere Arbeit noch sehr intensivieren müssen. Insgesamt gab es folgende Gruppen: Germanistik (allgemein Philologiestudium, Vorbereitung einer revolutionären Berufspraxis, Syndikalisierung der Überbauberufe), Slavistik, Betriebsprojektgruppe, Justizkampagne, Technologie, Bundeswehr (irgendwo sind sovielle junge Arbeiter an einem Ort), Internationalismus (im Ruhrgebiet sind Tausende von Gastarbeitern), Schüler, Kinderläden (Revolutionierung des Privatlebens, Kommune, Betriebskinderkinder, Schülerläden). Das Schema der Berliner Basisgruppen zeigt auf, wie die Basisarbeit zu organisieren ist.

Erst ein relativ hoher Organisationsgrad der Basisarbeit ermöglicht deren Erfolg. Die isolierte Betriebsgruppe z. B. kann wirklich nur reformistische Handwerkelei machen.

Über die Basisarbeit werden die Aktionen, Demonstrationen nicht überflüssig, aber sie bekommen einen anderen Aspekt. Die Mobilisierung braucht nicht mehr abstrakt und voluntaristisch zu sein (z. B. „Am 1. Mai muß was gemacht werden.“), sondern eine kontinuierliche Basisarbeit ermöglicht es, genau

abzusehen, ob eine Aktion sinnvoll ist und welches Potential zu aktivieren, was für die Art der Demonstration (z. B. militant oder nicht) sehr wichtig ist.

Die Organisation der jeweiligen Aktionen wird dann einer ad-hoc-Gruppe übertragen, die sich aus den verschiedenen Basisgruppen zusammensetzt. Das ermöglicht eine gründliche Vorbereitung einer auf die Zielgruppen gerichteten Agitation und auch von militanten Aktionen, so daß diese nicht ein Tummelplatz von masochistischen Strafwünschen der Genossen wird, wobei die Kette der Frustrationen einem eindeutigen Wiederholungs-zwang entspringt.

In dieser Organisation an der Basis konkretisiert sich dann, was mit der Parole „Von der antiautoritären zur sozialistischen Bewegung“ ausgedrückt wird. Sie bedeutet eine Überwindung der mehr oder weniger aus abstrakter Negation des Bestehenden motivierten Phase der Studentenbewegung, die notwendig war, aber jetzt historisch überholt ist, da die einzige Möglichkeit einer Revolutionierung der Gesellschaft in einer an den Massen orientierten Praxis außerhalb der Uni besteht, ohne die Uni als Rekrutierungsfeld den technokratischen Reformen zu überlassen. Wie diese Strategie inhaltlich aussehen soll, kann nur von den Basisgruppen gemeinsam erarbeitet werden.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN **Hagemann**
SÜDRING 20

Zum Strukturpapier des vds

Als Nachgeburt der 21. o. MV des vds erblickte im noblen Bonner Restaurant „Im Tulpenfeld“ des Allianzkonzerns vor geladener Presse der IDS das Licht der Welt. 6 ASTA- und 2 Fachverbandsvorsitzende (in Stuttgart stellte dann der Ältestenrat fest, daß es für seine Uni nicht zutrifft) von insgesamt 106 Hochschulen und 30 Fachverbänden, sowie der unglückliche Christoph Ehmann spielten unter Applaus der bürgerlichen Presse Spaltung des vds, bekannten sich zur alten Verbandslobby und verbalradikal zum „Tenor der vorjährigen Beschlüsse“ (Vietnam, Springer, Notstand, DDR-Anerkennung).

Die MV in Köln versuchte dagegen die unheilvolle Komplementarität abstrakter Radikalität und verselbständigter Bürokratie überregionaler Gremien zu sprengen, die strukturellen Ursachen des oftmalsigen Versagens des vds in einer Zeit ständiger Mobilisierung und Intensivierung der Studentenbewegung offenzulegen, die Forderungen der arbeitenden Gruppen an den Verband zu formulieren, Transmission zwischen unterschiedlich politisierten Hochschulen zu ermöglichen — also den bisher eigengesetzlichen Apparat der Basis zu ihrer Erweiterung und der Intensivierung ihrer Arbeit zur Verfügung zu stellen. Der Verband sollte in den Dienst der Studentenbewegung gestellt werden, sie selbst sollte in ihm arbeiten und seine Politik bestimmen können.

Der Verband sollte also nicht mehr Tummelplatz Karrierebeflissener und eingestandenermaßen „basistentfremdeter Altfunktionäre“ (so der DSU- und IDS-Gründer Laepple) sein wie des Renegaten Ehmann, des sich links gebenden Antikommunisten Erdmann Linde oder dem vom SHB gefeuerten Spezis von Günter Grass und SPD-interne Steilkarrieristen Litten. Daß unter diesen Bedingungen seitens der Regierung rechtswidrig die Zuschüsse gestrichen werden würden, war abzusehen und ist bei der Erstellung des Haushaltsplanes berücksichtigt worden.

Erzielt wurde jedoch durch die erneuten Disziplinierungsversuche Solidarität und engere Zusammenarbeit der im Bundesstudentenring vereinigten verfaßten Studentenverbände — nämlich der Ingenieurstudenten (SVI), der Sozialakademiestudenten (SVS), der Wirtschaftsakademiestudenten (VSW), der Kunststudenten (WKSV), der Berufspädagogikstudenten (ASPH), der Seefahrtsschüler (SVDS) — mit dem vds.

Die linkspolitische Praxis kann aus der Freizeitbeschäftigung nur zur unmittelbaren Lebenspraxis werden, wenn das Durchgangsstadium Universität endlich wieder als solches bewußt wird und im Hinblick auf eine andere, die revolutionäre Berufspraxis und deren organisatorische Vorbereitung, genutzt wird. Die Überbaurevolte in der Universität dient uns folglich zur Aneignung des Wissens und Instrumentariums, das unsere Produktiv-

kraft, die der Wissenschaft Betreibenden den Herrschenden entzieht, indem wir sie und ihre Ergebnisse den Beherrschten zur Verfügung stellen:

- **Lehramtskandidaten und Referendare** arbeiten zusammen mit den Betroffenen, den Schülern, um die antiautoritäre Rebellion in die Schule zu tragen, sie bereiten sich auf eine Schulpraxis vor, deren Ziel die Emanzipation der Schüler von Familie und Schule ist, dementsprechend neue Lehrinhalte müssen zusammen mit progressiven Schülergruppen erarbeitet werden.



J. W. Landsberg, ehemaliger ASTA-Chief an der FU, bemühte sich in Köln um die Durchsetzung einer langfristigen Strategie.

- **Ökonomen** erstellen für Betriebsbasisgruppen für weitere und konkretere Agitation Analysen.
- **Techniker** versuchen demnächst sich zur Schaffung innerbetrieblicher Zellen für ihre Industriepraktika zu organisieren. Die ersten Genossen haben in den vergangenen Ferien unter diesem Gesichtspunkt ihre Jobs gewählt.
- **Sozialakademiker, Bewährungshelfer, Pädagogen** etc. arbeiten im Jugendstrafvollzug und in Basisgruppen zur Politisierung und Organisation von Jungarbeitern, Rockern und anderen tendenziell Herausgefallenen.

Derartige Arbeit kann jedoch nicht in individualistischem Voluntarismus sich erschöpfen, sondern bedarf der Organisationsform, die Längerfristigkeit und Verbindlichkeit garantiert. Am Ort haben das z. T. in Betriebs- oder Wohnortsbasisgruppen außerhalb und in Basis- oder ad-hoc-Gruppen innerhalb der Universität erreicht. Ausweitung und Erfahrungsaustausch verlangen jedoch überregionale Organisation, ganz abgesehen von den Kampagnen, deren Qualität sich erst überregional erweist wie Justiz, Bundeswehr- und Schülerkampagnen. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, sich angesichts der wachsenden staatlichen Repression schlagkräftiger zu organisieren.

Die MV versuchte nun in Köln in dem mit über 2/3-Mehrheit aller Mitglieder angenommenen Strukturpapier (nur die neue Satzung ist aus formaljuristischen Überlegungen zurückgezogen worden), die strukturellen Bedingungen zu schaffen, die ermöglichen:

1. Systematisierung der Arbeit einzelner Gruppen, wie oben beschrieben und deren überregionale Organisation und
2. umfassendere Politisierung in den Fakultäten, in denen sich die Hochschulrevolte gerade entwickelt und die für den Produktionsprozeß relevant sind (also insbesondere Techniker).

Die MV löste daher die bisherigen Ausschüsse und Fachverbände (auf deren eigenen Wunsch) auf und setzte statt dessen die folgenden Projektbereiche, die natürlich als arbeitende Gruppen die Verbandspolitik neben den örtlichen ASTAs mitzubestimmen haben, ein. Der vds nahm also die Initiative der Studentenbewegung auf, indem er Projekte organisiert, die geeignet sind, den studentischen Kampf an der Basis zu intensivieren. Die Projekte, die Modelle der Gegengesellschaft antizipieren, zielen auf:

- die studentische Selbstorganisation am Arbeitsplatz,
- Wissenschaftskritik und Reflexion der Arbeitssituation im Wissenschaftsprozess,
- die Strukturierung und Durchsetzung autonomer studentischer Lehr- und Forschungsgruppen,
- die Vorbereitung einer sozialistischen Berufspraxis,
- die Verstärkung des Widerstands gegen die Verwertung von Wissenschaft im Interesse des kapitalistischen Systems,
- die Unterstützung des Kampfes gegen Klassenjustiz und Polizeiterrort.

Alle relevante politische Arbeit kann nur als projektbezogene Arbeit wirksam sein. Es werden folgende Projektbereiche eingerichtet, die für folgende Bereiche die fachbezogene, projektgebundene politische Aktivität koordinieren:

Projektbereiche

1. Technik (Technologieprojekte etc.)
2. Naturwissenschaften

3. Medizin (Psychosomatik, Psychohygiene etc.)
4. Justiz (politische Justiz, Justizkampagne)
5. Produktionssphäre (politische Ökonomie, Betriebsgruppenprojekte, Kapitalismusanalyse und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung)
6. Ausbildungsbereich I (PH-Projekte, Lehrerbildung, Didaktik, Curriculum, Schulausbildung)
7. Ausbildungsbereich II (Sprache, Kunst, Theologie)
8. Soziales (Kinderläden, Ausbildungsförderung, Psychohygiene etc.)
9. Ausländer- und internationale Fragen
10. Kommunikation (Kunst, Film, Fernsehen, Publizistik, Technik, Agitation und Fernsehuniversität etc.)

An den Projektkonferenzen können alle Fachschaften, Basis- und ad-hoc-Gruppen teilnehmen. Dies ermöglicht sowohl die materielle Unterstützung und die überregionale Organisation bisheriger Gruppen als auch die weitere Politisierung der Fächer. Soweit politisch von den einzelnen Fächern her notwendig, sollen dazu auch themenbezogene Fachbereichskonferenzen veranstaltet werden, z. B. für überregionale Kampagnen gegen die technokratische Studienreform in Form von Rahmenprüfungsordnungen. Dem Vorstand kommen neben der technischen Koordinierung und Ermöglichung der oben genannten Arbeit die Wahrnehmung der traditionellen Aufgaben zu, die sich überregional qualitativ anders stellen können, wie z. B. der soziale Sektor, Ausländerrecht und -studium.

Das Programm setzt allerdings Prioritäten, die das fortgeschrittene Stadium der Hochschulrevolte, wo sie über die Uni hinaus in Berufspraxis und betriebsnahe Arbeit hinausreicht, widerspiegelt. Von daher ist zu erklären, daß Hochschulen mit unterschiedlichen Voraussetzungen — etwa mit einer relativ kleinen und nur radikaldemokratischen Basis — deshalb strategische und arbeitsökonomische Konflikte befürchten und dies sich auch in der Kontroverse um die Zuordnung von Aktionen und langfristiger Arbeit niederschlägt.

Der Konflikt, der innerhalb der Linken auf der MV aufbrach und diese unverrichteter Dinge auseinandergehen ließ, wurde von Teilen der Berliner, Frankfurter, Heidelberger, Hamburger, Kieler Delegationen und dem SDS-Bundesvorstand fälschlicherweise als eine zwischen Abwiegern und Revolutionären dargestellt. Tatsächlich aber ging es ihren Opponenten um die Durchsetzung der längerfristigen Strategie, aufgrund derer das Strukturmodell überhaupt geschaffen worden war, und um die Kritik demobilisierender, spaltender und retardierender Aktionen. Die derzeitige verfahrenere Berliner Situation hätte hier zur Warnung zu dienen. Joh.-W. Landsberg

Organisieren wir

Die Zeit der Augenwischerei ist vorbei: der Regierungsentwurf ist die Kampfansage an die verfaßten Studentenschaften und ihre hochschulpolitischen Forderungen während der letzten Semester:

Nichts von durchgängiger Parität in den Entscheidungsorganen, von gleichberechtigter Beteiligung aller Gruppen: schön abgestuft werden Mittelbau, Studenten und sog. nichtwissenschaftliche Mitarbeiter diskriminiert. Sollte sich jemand dem widersetzen wollen — etwa durch Boykott der Gremien — so sorgen fein ausgetüftelte Geschäftsordnungsparagrafen (9,2; 12,1) im Gesetz (!) dafür, daß das nicht eintreten kann. Nichts von einer Einheit von Forschung, Lehre und Studium: in den extra (!) Forschungskommissionen stellen die Habilitierten 3/4 der Mitglieder.

Doch vornehmstes Ziel des Gesetzes ist die Liquidation der verfaßten Studentenschaft, die in den letzten Semestern die studentische Revolte vor allem organisatorisch getragen hat.

Die Ziele und Aufgaben, die sich die Studentenschaften in ihren Satzungen und in ihre an diesen orientierten politischen Arbeit gesetzt haben, sind in den Gesellschaft und Hochschule Herrschenden zu gefährlich geworden. Deshalb wollen diese zum einen den Aufgabenkatalog aufheben — übrig bleibt nur Unfall- und Krankenversicherung, die die Hochschule dann einzieht — zum anderen die Studenten wieder vereinzeln (divide et impera): formale Auflagen, die den üblichen studentischen Wahlbeteiligungen entgegenstehen, sollen die Neukonstituierung einer (dezimierten) verfaßten Studentenschaft, die Beiträge erheben kann, verunmöglichen (49,50). Stattdessen sichern die (ebenfalls festgelegten!) Wahlmodi, daß die Hochschullehrer sich die ihnen genehmen Studenten in die Gremien wählen (z. B. 24,2).

So und Hand in Hand damit verläuft die technokratische „Reform“ im Dienste der Herrschenden: befristete Immatrikulation, verbunden mit noch nicht übersehbaren Studienordnungen und -plänen (32,5; 35,1; 36), Relegation (32,6), Numerus clausus (33,3) — alles in seiner Repressivität noch verschärft durch die unklar gehaltene Kompetenzverteilung zwischen Kultusminister, Hochschulpräsidenten und akademischen Gremien. Auf jeden Fall kommt die stärkste Position dem Zusammenspiel von Kultusminister und Hochschulpräsident zu: zum einen ist dieser während seiner sechsjährigen (!) Amtszeit jeglicher effektiven demokrati-

den Widerstand

schen Kontrolle enthoben (Abwahl ist nicht möglich, dafür „aber Wiederwahl“), zum anderen kann jener jederzeit durch „Aufsicht“ (55,3) und „Genehmigungen“ (56,2) in die Hochschulen hineinregieren, diese so dem herrschenden Interesse gemäß formieren, indem er gleichzeitig diesem zuwiderlaufende hochschulinterne Entwicklungen sabotiert. (Bezeichnenderweise fehlt dem Gesetz ein Experimentierparagraf!)

Wofür haben wir die letzten Semester gekämpft? Für sowas? Ist das das „progressive Hochschulgesetz“, das Kühn einst ankündigte? Das also sind die „Reformen“, für daß er „gesprächsbereit“ ist! Wer einen Vorgesmack dieser „Reformen“ bekommen will, braucht nur nach Bochum zu kommen, um eine Kampagne zur Verweigerung der ASTA zu erleben, an deren Spitze eben jener Rektor mit den übelsten Machenschaften und faden-scheinigsten Argumenten agiert, der den politisierten Studenten, die er so materiell schwächen will, nicht anders zu begegnen in der Lage ist.

Und so soll es allen anderen Studentenschaften nun auch ergehen. Denn wofür haben wir im Landesverband NRW des vds einen detaillierten Gesetzentwurf mit einer ellenlangen theoretischen Begründung ausgearbeitet? Damit aber auch nichts Wesentliches von ihm in das Hochschulgesetz eingeht? Sollen wir uns jetzt dazu hergeben, mit dem uns angebotenen hearing dem Landtag sein demokratisches Feigenblatt zu liefern? Als wenn wir ihn in der Vergangenheit nicht schon x-mal informiert hätten und das jetzt nachholen müßten! Als wenn die Herren etwas „übersehen“ hätten!

Sollen wir uns da auf die Schulter klopfen und sagen lassen, wie klasse wir doch mitgearbeitet hätten, und daß man sich nochmals Gedanken machen wolle, um all unsere Vorschläge zu berücksichtigen, für die man durchaus noch offen sei... Spätestens seit den NS-Gesetzen wissen wir doch, welch verschleiern die Funktion solchen hearings zukommt: daß sie nur eine schein-demokratische Legitimation für bereits im Voraus gefällte Entscheidungen liefern sollen, indem man einige inhaltlich nichts-verändernde Veränderungen als großes Ereignis hinstellt. Man wird auch an diesem Entwurf kleine „Fehler“ beseitigen, aber was unterscheidet schon groß den ersten Holthoff-Entwurf von diesem, und auch bezüglich des nochmals revidierten brauchen wir uns keine Illusionen zu machen.

gegen Holthoffs

Nur zur Erläuterung des Mechanismus: Der Staatssekretär im Kultusministerium, der Herr Prof. Dr. Lübke, gab z. B. nach einer langen Diskussion mit Studenten über die Drittelparität zu Gehör, daß er die Argumente für sie alle einsehe, nur „ich will sie nicht!“ war sein letztes Wort.

Angesichts solcher statements, die in gewissen Kreisen einheitlich vertreten werden, haben wir keine Möglichkeit uns noch selbst etwas vorzumachen. Wir können es uns nicht leisten, die Machtfrage so eklatant zu negieren, daß wir uns den „Spielregeln“ eines hearings ausliefern, dessen Funktion ja gerade in der Fiktion besteht, als hätten es hier gleichberechtigte „Partner“ miteinander zu tun, als ginge es allein und herrsche allein die Macht der Argumente. Auf diese kam es allein in der Studentenschaft intern an; denjenigen gegenüber, die die Macht in Gesellschaft und Hochschule innehaben, waren wir immer nur insoweit ein ernstzunehmender Faktor, wie unsere Studentenschaft am Ort politisiert und mobilisiert war. Die Macht der Argumente, die sich gegen die Positionen der Herrschaft richteten, waren wir selbst.

Deshalb müssen wir zuerst die Hochschulreform in unsere eigenen Hände nehmen: Machen wir unmißverständlich deutlich, was wir nicht wollen, und — was noch wichtiger ist — was wir brauchen:

Verlassen wir die Hochschulgremien, in denen wir unter diesen Voraussetzungen nichts mehr zu suchen haben!

Antizipieren wir stattdessen praktisch die Hochschulreform, die wir brauchen! Streiken wir aktiv! Machen wir Inhalt und Form der etablierten Wissenschaft zum Gegenstand unserer praktischen Kritik in selbstbestimmter und selbstorganisierter wissenschaftlichen Arbeit!

Befragen wir die etablierte Wissenschaft, was sie nützt — und vor allem: wem sie nützt. Fragen wir uns, wie wir unsere so politisierte Wissenschaft in den Dienst derer stellen, die im Dienst der Herrschenden stehen! Organisieren wir diese sowohl theoretische, als auch praktische Arbeit! Fangen wir an, den Konflikt zuerst an unserem Arbeitsplatz, in der Hochschule, auszutragen!

Horst Peter Kasper

Hochschulgesetz!

(Der hier abgedruckte Artikel erscheint demnächst im Ruhr-Student)

Zwei Modelle für Betriebsprojektgruppen

Es war abzusehen, daß die derzeitige Zentralisierung des SDS eine Polarisierung zwischen den verschiedenen Städten mit sich bringen würde. Diese Polarisierung zeigte sich am deutlichsten in der Betriebsprojektgruppe (BPG). Die Exponenten der verschiedenen Positionen waren die Heidelberger und Frankfurter Genossen.

Die Frankfurter zogen aus dem Scheitern ihrer Betriebsarbeit nach den NS-Gesetzen den Schluß, daß bei der derzeitigen Repression in den Betrieben keine Agitation am Arbeitsplatz gemacht werden kann. Ihre Betriebsgruppen hatten z. B. nicht verhindern können, daß ein halbes Jahr nach den Demonstrationen die Lehrlinge und Jungarbeiter einzeln entlassen wurden. Aus ihrer Analyse des Spätkapitalismus in der BRD zogen sie den Schluß, daß heute eine Politisierung der Arbeiter am Arbeitsplatz (über ökonomische Konflikte oder Provokationen von Herrschaftskonflikten) unmöglich sei. Das bedeutet, daß dem Arbeiter im Betrieb heute nicht mehr der Grundwiderspruch des Kapitalismus von Lohnarbeit und Kapital aufgezeigt werden kann. Ihrer Meinung nach läßt sich „die Irrationalität des Monopolkapitalismus am leichtesten aufzeigen, wenn man in der Konsumsphäre ansetzt.“ (Frankf. Paper.) Es komme zunächst nur darauf an, den Konsumterror bewußt zu machen. (System sublimier Zwänge, Werbung, Negation des Gebrauchswertes, scheinbare Produktdifferenzierung, Moden, Konsum nutzloser und überflüssiger Waren, während gleichzeitig wichtige Bedürfnisse, Wohnung, Ausbildung, Verkehr etc. kaum befriedigt werden; Errichtung eines Konsumstandards, der nur durch Mehrarbeit gehalten werden kann.) Dieser Bewußtseinsprozeß soll durch praktische Aufklärung und militante Aktionen eingeleitet und vorangetrieben werden. Bevorzugte Zielgruppe sind die Jungarbeiter und Lehrlinge, die man bisher nicht organisatorisch hat erfassen können, obwohl sie an

Aktionen teilgenommen haben. Dabei geht man davon aus, daß die älteren Arbeiter aufgrund ihrer weit fortgeschrittenen Resignation und ihres nicht zuletzt durch den Faschismus verstümmelten Bewußtseins kaum zu politisieren sind. Da gegen revoltiert die Bedürfnisstruktur der Lehrlinge und Jungarbeiter, ähnlich wie die der Studenten gegen die täglich erlebte Repression (Elternhaus, Lehrlingsheime, Berufsschule usw.).

Aus diesen Gründen verlegten die Frankfurter ihre Arbeit auf die antiautoritäre Mobilisierung der Lehrlinge und Jungarbeiter über allgemeine politische Konflikte (z. B. Griechenland, Spanien, Vorbeugehaft usw.). Man bezieht sich darauf, daß die Studentenbewegung ihren Beginn auch in einem moralischen Protest gegen Vietnam begannen hat. Es wurden Stadtteilbasisgruppen gegründet. Sie dienen der Organisation der in den Springer- und NS-Aktionen mobilisierten jungen Arbeiter. Dafür führen die Frankfurter an:

- Möglichkeit von Emanzipation durch radikale Aktion kleiner autonomer Gruppen
- größere Militanz, da aufgrund der Zusammensetzung anderes Verhältnis zur Gewalt
- bessere Strukturierung von größeren Demonstrationen,
- bessere Überprüfung und Entwicklung von Agitationsmustern durch Zusammenarbeit mit Lehrlingen und Jungarbeitern
- tendenzielle Aufhebung von politischer Arbeit und Privatleben; Bildung von Wohngemeinschaften

Die Anwendung der Entwicklung exemplarischen Lernens (S. O. Negt) soll den Lehrlingen Agitationsmuster in die Hand geben, mit denen sie die Gesellschaft begreifen.

Zu diesem Konzept muß einiges gesagt werden:

1. Die Frankfurter haben nicht nachweisen können, daß das Scheitern ihrer BPG an der objektiven Unmöglichkeit einer Politisierung

am Arbeitsplatz lag, offensichtlich krankte die BPG an der mangelnden Arbeit der Genossen (sie bestand angeblich nur aus 2 Genossen und einigen Arbeitern). Daher scheint die Theorie der Stadtteilbasisgruppen zumindest teilweise eine Rationalisierung des eigenen Versagens zu sein.

2. Sie konnten nicht den Verdacht beseitigen, daß die Lehrlinge und Jungarbeiter nur Mitläufer der militanten Aktionen sind. Die bloß postulative Phrase „man müsse natürlich an ihren Bedürfnissen ansetzen“ (Krahl) wirft die Frage auf, ob sich bei dieser Strategie die Lehrlinge jemals von den Studenten werden emanzipieren können.

3. Es blieb total unklar, wie die Mobilisierung und Politisierung außerhalb des Betriebes später im Betrieb in eine revolutionäre Betriebsarbeit umgesetzt werden kann. Denn nur in den Betrieben kann die Machtfrage gestellt werden. Vielmehr besteht die Gefahr der Verstudisierung der Lehrlinge und Jungarbeiter; damit würden diese tendenziell aus dem Betrieb herausfallen.

4. Die Theorie der BPG ist noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Daher ist es einfach unverständlich, daß die Praxis künstlich aufgebläht wird und daß man daraus schon eine Theorie bilden will. Das gleiche gilt für die Heidelberger Genossen. Es ist wohl eine Kritik, die mehr oder weniger alle Gruppen betrifft.

Die Heidelberger legten eine Strategie zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung vor, wobei sie sich stark an den Ereignissen in Frankreich und Italien orientieren. Ansatz hierfür soll der Aufbau von Agitationskadern innerhalb der Betriebe sein. Nach ihrer Analyse manifestiert sich Klassenbewußtsein heute bei den Arbeitern in dem zentralen Topos oben-unten. Da der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital aufgrund des Fehlens einer absoluten Verelendung nur noch mittelbar in Form des

SDS: Ansätze zur Neuorganisation in Frankfurt

Monatlang jubelte die bürgerliche Presse: „SDS paralysiert. — SDS isoliert. SDS zerfällt.“ Nach den Delegiertenkonferenzen in Frankfurt (September 68) und Hannover (November 68), die beide teilweise chaotisch verliefen, schien es für Außenstehende, daß der SDS in der Agonie liege.

Die Arbeitskonferenz der Projekt- und Basisgruppen und die anschließende Delegiertenkonferenz des SDS am vergangenen Wochenende in Frankfurt bewiesen nun, daß die vorangegangenen DKs die Einleitung einer neuen Phase revolutionärer Organisation bedeuteten.

Verhältnis SDS-DKP

Eine zusätzliche konfrontatorische Bedeutung erhielt die SDS-DK durch den gleichzeitig in Essen stattfindenden DKP-Parteitag, der diese Partei erneut als kleinbürgerlichen Verein revisionistischer Prägung auswies: Was für eine „Avantgarde“, die da behauptet, die „werkfähigen“ Massen der BRD zum Sozialismus führen zu wollen!

Für eine Zusammenarbeit der „Kommunisten“ mit Sozialdemokraten und dem liberalen Bürgertum (SEW: „Vertreter der Geschäftswelt“) sprach sich Boß Bachmann auf der Schlußkundgebung aus, und: „Wir wollen die Revolution, aber gewaltlos!“

Die SDS-DK antwortete in einem Telegramm an die Essener „Revolutionäre“: „Wir beglückwünschen Euren Versuch, die Revolution endgültig zu legalisieren! Ringt denn auch weiterhin in machtvollen Verhandlungskämpfen für die demokratische Erneuerung unserer Gesellschaft!“

Basisgruppenkonferenz

Daß der SDS die DKP längst rechts liegengelassen hat, zeigten die Ergebnisse der Basisgruppenkonferenz. Es gab acht Themenbereiche: „Betriebs- und Lehrlingsarbeit“, „Syndikalisierung im Ausbil-

dungssektor“, „Sozialistische Kinderläden“, „Schülerarbeit“, „Bundeswehr“, „Justizkampagne“, „Internationalismus“ und „Technologie“. Diese Gruppen hatten bereits vorher verstärkt einen Arbeitskontakt untereinander hergestellt, um die praktischen Schwierigkeiten und die theoretischen Ansätze in ihrer Arbeit zu erörtern.

Die Arbeitskonferenz erreichte die Vereinheitlichung und Abstimmung der politischen Perspektiven und Aktionen und die gemeinsame Bearbeitung der sich in Einzelbereichen stellenden Probleme. So wurde das Wintersemester analytisch aufgearbeitet und die Arbeit im Sommer konkret vorbereitet. Ansatzpunkte der Analyse waren die Überwindung der Phase des abstrakten Internationalismus und der antiautoritären Phase des SDS. Zentralisierung der gesamten Arbeit, insbesondere der Basisarbeit, durch die revolutionären Kerne des SDS lautet die Grundforderung!

„Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die anti-imperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spät kapitalistischen Widersprüche politisch zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen.“

Vom Protest zum Widerstand

Diese These — bzw. deren Kurzfassung: Vom Protest zum Widerstand — aus der Schlußerklärung des Vietnam-Kongresses vom Februar 1968 bezeichnet genau den Umschlagpunkt, den dieser Kongreß in der Geschichte der sozialistischen Studentenbewegung bedeutete: als Höhepunkt der Phase des abstrakten Internationalismus war er zugleich der Abschluß und leitete die Phase des partikularen Kampfes an der Basis ein, an deren Ende wir jetzt stehen.

Die Wendung zur Basis zwecks Aktualisierung der dort vorhande-

nen Widersprüche führte zwar zur Mobilisierung von Sektoren, die vorher nicht berücksichtigt wurden, und damit auch zu einer gewissen Verbreiterung der Basis. Diese Verbreiterung wurde aber erkaufte mit einer Partikularisierung nicht nur des SDS, sondern der gesamten Bewegung in verschiedene, kaum mehr aufeinander bezogene und durch keine theoretische und strategisch verbindliche Diskussion, geschweige denn Organisation, vermittelte Bereiche sogenannter arbeitender Gruppen, die wir in der Struktur dieser Arbeitskonferenz gespiegelt sehen.

Abstrakter Internationalismus

Angeichts dieser Situation stellte sich die Frage, ob sich in dieser pluralistischen Struktur der Internationalismus als ein weiterer, den übrigen partikularen Sektoren nebengeordneter Sektor verstehen sollte, oder ob der internationalistische Anspruch einer sozialistischen Bewegung nicht vielmehr dadurch eingelöst werden müßte, daß er in die übrigen Bereiche hineingetragen wird, um diese zu einer Reflexion ihrer jeweils partikularen Ansätze zu veranlassen. Es geht deshalb darum:

● Einerseits die kritische Reflexion der politischen und organisatorischen Entwicklung des letzten Jahres zu provozieren (ohne dabei diese Geschichte nur vulgarpsychologisch als die Geschichte einer

vaterlosen Jugend zu analysieren); dies könnte geschehen etwa anhand der Frage, ob nicht die Partikularisierung und Provinzialisierung der Bewegung einen ihrer Gründe in ihrem ahistorischen Charakter hat, d. h. darin, daß dies eine Bewegung ist, die nur an der jeweiligen Gegenwart orientiert ist und die verlassenen Stufen ihrer Entwicklung einfach verdrängt, ablegt oder totsagt, wie sie z. B. die Phase des „abstrakten Internationalismus“ schlichtweg für tot erklärt hat, statt seine Überwindung und Aufhebung in einem dialektischen Prozeß zu reflektieren.

Indessen geht es darum, durch **zentrale Kampagnen** die Zusammenarbeit verschiedener Sektoren zu fördern und damit zu einer Re-

integration des Verbandes auf einer neuen Ebene beizutragen.

Dabei muß man davon ausgehen, daß in einer Übergangsphase nicht eine zentrale Organisation die Vermittlungsinstanz sein kann, sondern vorerst noch zentrale Kampagnen und Aktionen, die die partikularen Bereiche miteinander verbinden, mobilisierend wirken und dogmatische Positionen entlarven.

In der Vergangenheit war es vor allem die Vietnam-Kampagne, die aber nach der „Liquidierung“ des abstrakten Internationalismus fast vollständig eingestellt wurde. Denn die Hoffnung auf Erfolg der Pariser Verhandlungen verringerte die Bedeutung der imperialistischen Aggression in Vietnam als Agitationsmodell. Nachzuholen bleibt die Neufassung der Kritik des abstrakten Internationalismus.

● Andererseits ist denen entgegenzuhalten, die ebenso wie die anti-autoritäre Phase der Bewegung den abstrakt-moralischen Interna-

tionalismus undialektisch „liquidieren“ wollen (um sich damit dem internationalistischen Anspruch überhaupt zu entziehen), daß dieser abstrakte Internationalismus immerhin einen der wichtigsten Mobilisierungsfaktoren der Studenten- und Schülerbewegung darstellte, daß er durch die provozierte Entlarvung des bundesrepublikanischen Staatsapparates zur Radikalisierung derer führte, die an den Demonstrationen teilnahmen, und daß schließlich dieser abstrakte Internationalismus diejenigen Formen militanter Demonstrationen entwickelte, die wir heute anwenden. Zu reflektieren wäre weiter, ob der durch die Liquidierung des abstrakten Internationalismus bedingte Verzicht auf offensiv geführte, übergreifende Kampagnen nicht die Partikularisierung gefördert hat bzw. für die partikularen Bereiche — abgesehen von der integrierenden Funktion — die offensive Schutzfunktion der Kampagnen verlorengegangen ist.

Dialektik zwischen Basisarbeit und internationalem Aspekt

Einem Mißverständnis soll hier gleich vorgebeugt werden: Es geht uns nicht darum, die Entwicklung des letzten Jahres grundsätzlich in Frage zu stellen, d. h. die nach dem Vietnam-Kongreß vollzogene Wendung zur Basis zurückzunehmen — oder auch den alten SDS oder den abstrakten Internationalismus zu rekonstruieren.

Was geleistet werden muß, ist nicht die Zurücknahme des prinzipiell im letzten Jahre gewonnenen Ansatzes, auch nicht das voluntaristische Überspringen der aufgetretenen Desorientierung und Desorganisation durch Selbsternennung zur leninistischen Kaderpartei, sondern die erneute Vermittlung des Kampfes an der Basis mit dem internationalen Kontext des Klassenkampfes, eine Vermittlung, die im Laufe des letzten Jahres tatsächlich abhanden gekommen ist. Denn — um es verkürzt zu sagen: Wir haben spätestens beim Vietnam-Kongreß begriffen, daß der Imperialismus von uns im antikapitalistischen Kampf an seiner Basis zu bekämpfen ist; wir haben auch an der Basis gekämpft; aber wir haben den Imperialismus aus den Augen ver-

loren, bzw. an einige Spezialisten delegiert.

Dies zeigt sich sowohl im Hochschulsektor als auch in der Betriebsbasisarbeit, deren **tendenzieller Revisionismus** nicht zuletzt darin begründet ist, daß sie unter Verzicht auf eine Strategie, die den Zusammenhang der Klassenkämpfe in der Bundesrepublik in den Kontext des internationalen Klassenkampfes stellen müßte, sich damit bescheiden, ihre jeweiligen Arbeitsperspektiven, die von den „unmittelbaren Interessen“ der jeweiligen Zielgruppen ausgehen, um diese (in Richtung worauf? — auf „Mobilisierung“) zu mobilisieren, als Strategie auszugeben.

Diese Aspekte, die zwar von einzelnen partikularen Gruppen „gesehen“ werden, gehören aber in den Zusammenhang einer den internationalen Kontext berücksichtigenden Gesamtstrategie, aus der erst die speziellen Mobilisierungsbedingungen der jeweils angesprochenen Zielgruppen (wie deren Relevanz) bestimmt werden können, will man sich nicht allein konkretistisch von Erfahrungswert zu Erfahrungswert durchwurscheln.

Gastarbeiteragitation

Die konkreten Vermittlungspunkte einer solchen Strategie ergeben sich beispielsweise in der Organisation der ausländischen Arbeiter, die an verschiedenen Orten schon längst einen Kern in Aktionen außerhalb des Betriebes bilden. Es

wird aber nur gelingen weiterzukommen, wenn die Organisation der ausländischen Arbeiter so weit fortschreitet, daß sie zusammen mit den deutschen Arbeitern die Agitation und Konfliktverschärfung in den Betrieben aufnehmen.

Organisatorische Wendung

Allein die Verbindung des internationalen Klassenkampfes mit dem konkreten Kampf der Arbeiterklasse in den Metropolen kann eine erfolgreiche revolutionäre Entwicklung bei uns garantieren. Wenn die sozialistische Studentenrevolte sowohl in ihren Anspruch als auch in ihre Praxis dieses Element aufnimmt, kann die Organisation des Widerstandes in den Metropolen gelingen.

Die Ambivalenz der Linksentwicklung von Teilen der Intelligenz kann deshalb nur dann aufgehoben werden, wenn der Kampf gegen das nationale und internationale im-

perialistische System konkretisiert wird als Kampf um die Organisation der Arbeiterklasse und zugleich als Kampf gegen den Revisionismus aller Schattierungen: „Wir sind für einen aktiven ideologischen Kampf, denn er ist die Waffe, mit der wir die Einheit innerhalb der Partei und innerhalb der revolutionären Organisation im Interesse unseres Kampfes herbeiführen. Jeder Kommunist und jeder Revolutionär muß zu dieser Waffe greifen!“ (Mao Tse-tung.) Dieser Kampf gewinnt seine historische-materiale Perspektive aus der Analyse des Kampfes der Arbeiterklasse:

Historischer Abriß des Revisionismus

Revolutionärer Anspruch und wirtschaftsopportunistisches Anpassungsverhalten an die bürgerlichen Machtapparate mit dem Ziel einer „sozialen“ sozialistischen Entwicklung der Gesellschaft kennzeichnen die Geschichte der Sozialdemokratie und als deren Erben der meisten europäischen KPs in der Phase zunehmender internationaler Expansion der kapitalistischen Industrien.

Die Konfrontation mit der Reaktion im Innern und dem Imperialismus der kapitalistischen Staaten (Interventionen Frankreichs, Englands, der USA und Japans bis 1922) Ukraineseparatismus, Kriegskommunismus forcierten in Verbindung mit der katastrophalen Hungersnot die hierarchische Fixierung der revolutionären Kader der Oktoberrevolution in eine zentralistisch-monolithische KPdSU.

Die Folgen für die europäischen Arbeiterbewegungen waren autoritäre Parteiapparate, Parteien

mit syndikalistischen Unterorganisationen und Subordination, die die Integration in die vom Kapital beherrschten Staatsorgane ermöglichten. Dies führte zu doktrinarer „Tagespolitik“, zu pluralistischer, in sich widersprüchlicher „Volksfrontpolitik“ und isolierte den revolutionären Kern der Arbeiterklasse.

So war es denn nicht weiter verwunderlich, daß die herrschende Klasse (heute etwa unter dem Slogan „soziale Partnerschaft“) beflissen war, die Arbeiterparteien erfolgreich zu integrieren, was seitens derer wiederum zur Ideologie der „Volksparteien“ führte. Das KPD-Verbot zur Zeit des Adenauer-Regimes beruhte lediglich auf einer Fehleinschätzung eigener ökonomischer Möglichkeiten und Interessen dieses Regimes „aufgrund historischer Erfahrung“. Die Konstitution der DKP ist unter diesem Aspekt für die Herrschenden in der BRD „durchaus nicht unwillkommen“ (SPIEGEL).

Revisionismus heute

Diese in den kapitalistischen und in den autoritär-sozialistischen Systemen entwickelte Politik der „Koexistenz“ ist symptomatisch für den Revisionismus der Arbeiterparteien auf nationaler und internationaler Ebene und führt heute zu einer systematischen Beeinträchtigung des Proletariats im internationalen Klassenkampf.

Beispiele dafür sind: die fast vollständige Distanzierung ver-

schiedener lateinamerikanischer KPs von den revolutionären Guerilla-Bewegungen; das sowjetisch-amerikanische „Arrangement“, wo zu anzumerken ist, daß z. B. die sowjetische Waffenhilfe für die FNL der sowjet-amerikanischen Globalstrategie der Einteilung in „Interessen-Hemisphären“ dient, vgl. die gegenseitig respektierten „sicheren“ Inseln West-Berlin und Kuba.

Organisationsproblematik

Die Konsequenz dieser global-imperialistischen, von den ehemaligen Arbeiterparteien mitproduzierten Herrschaftsstrategie ist das Aufkommen der von Kanzler Kiesinger einmal als „Seuche“ bezeichneten internationalen revolutionären Bewegung, in der der SDS nur als der Teil fungiert, der an einem Frontabschnitt gegen den westdeutschen Imperialismus kämpft. Daraus ergibt sich, daß der Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus zugleich ein Kampf gegen den westdeutschen (und internationalen) Revisionismus sein muß.

Die Analyse ergab, daß der Untergang des großen Teils der Arbeiterbewegung in revisionistische, sozial-imperialistische Parteien und die Verummündigung des Proletariats nicht zuletzt auf organisatorischen Fehlern beruhte, die von den früheren revolutionären Bewegungen aus „Unbewußtheit“ oder Opportunismus begangen wurden.

Georg Lukács („Geschichte und Klassenbewußtsein“) stellt dar, daß in den früheren Phasen (vor und

während der Oktoberrevolution) des internationalen Klassenkampfes die Frage der revolutionären Organisationsformen theoretisch weitgehend undurcharbeitet war, „so daß vieles, was hier richtig geschieht, mehr aus einem revolutionären Instinkt heraus richtig ist als aus einer klaren theoretischen Einsicht. Andererseits lassen sich viele faktisch falsche Einstellungen, z. B. in den Einheitsfrontdebatten, auf unrichtige Auffassung der Organisationsfragen zurückführen.“

Für den internationalistischen antirevisionistischen Kampf des SDS und der Basisorganisationen ist es von entscheidender Bedeutung, von der klassischen pluralistischen Einheitsfrontpolitik abzugehen und situativ bedingte Absprache- oder Schutzfunktionspolitik (Beispiel: Verhandlungen mit der Universitätsbürokratie über „Freiräume“) sehr genau auf die Konsequenzen hin zu analysieren. Das gleiche gilt für eine Beteiligung an SP-Wahlen.

Organisation im Übergang

Eine auf dialektische Weise funktionierende zentralistisch-dezentralisierte Organisation, die an der Basis situativ dezentralisiert arbeitet, für die Perspektiven der verschiedenen strukturierten Basisbereiche zentralisierte Kommunikations- und Korrektivorgane entwickelt, muß für alle Arbeitskollektive eine gemeinsame, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln anzuwendende Strategie erkennbar machen und inhaltlich vermitteln. Sie muß ferner in der Lage sein, ihre temporären Formen auf Wirkung und Notwendigkeit hin in Frage zu stellen. Für den Hochschulbereich heißt das, daß die Koordinierung aller Basisgruppen in ständigen Arbeitskonferenzen entscheidend durch die SDS-MV und die aktiven SDS-Kader zu leisten ist. Die außeruniversitären Projekt- und Basisgruppen müssen in ständigem Kontakt zu den SDS- und Hochschul-Basis-

gruppen-MVs stehen, damit eine inhaltliche Vermittlung der verschiedenen Arbeitsprozesse und ihrer Verwertungsmöglichkeiten für die verschiedenen Produktivkräfte des Kapitals erreicht werden kann (u. a. Wissenschaft als Produktivkraft des Kapitals). Daraus ergibt sich für die revolutionäre Organisation die gleichzeitige Notwendigkeit, die Produktivkraft Wissenschaft in die Hand zu bekommen (Mobilisierung durch konfliktauflösende Minderheitsstrategie). In der BRD steht die revolutionäre Bewegung erst ganz am Anfang der Entwicklung ihrer Organisationsfähigkeiten, weil diese Bewegung bisher (u. a. dank herkömmlicher bürgerlicher und finanzieller Privilegien hinsichtlich der Produktivkraft Wissenschaft) noch in starkem Maß eine Studenten- und Schülerrevolte ist.

Werner Lehrke, Kaspar Henrichs

Fortsetzung in der nächsten BSZ:
Zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung

Billig kopieren

im AStA
(Baracke VIII)

Kopie DM 0,20

Bei gleichzeitiger Verkleinerung

2x DINA 4 auf 1x DINA 4

Kopie nur DM 0,10

Kinderläden: antiautoritär oder sozialistisch?

Die Kinderläden, entstanden aus den Emanzipationsbestrebungen der Frauen, waren eine Form der Selbstorganisation, die im großen und ganzen 2 Funktionen hatte.

1) Befreiung der Frauen von der repressiven Mutterrolle (Kindererziehung, Hausarbeit) in der Kleinfamilie, damit Zeit freigesetzt wird, die politisch genutzt werden soll, also Politisierung.

2) Experimentelle Entwicklung von neuen Erziehungsformen, die den Anpassungszwang der traditionellen Erziehung durchbrechen. Zur Grundlage der Erziehung wurde das antiautoritäre Prinzip genommen, das den Kindern möglichst freie Bedürfnisbefriedigung garantiert, um die Autonomie des Ichs als ehemals bürgerliches Erziehungsideal neu zu verwirklichen.

Aus der studentischen Bewegung entstanden, die sich bisher vorwiegend negatorisch also antiautoritär verstand, war auch die Erziehungskonzeption vorwiegend negativ an den bisherigen Formen bestimmt. Parallel zur Erziehung der Kinder verlief die Erziehung der Eltern in theoretischen Arbeitskreisen über Psychoanalyse und in Diskussionen um die praktische Handhabung der Erziehung.

Die Kinderläden dienten also auch zur Absicherung der privilegierten, weil im Vergleich zu den Arbeitern relativ unabhängigen Stellung der bürgerlichen Eltern, waren also nicht explizit politisch. Diesen mehr bürgerlich liberalen

Interessanten standen die schon politisch aktiven Eltern gegenüber, die die Kinderläden als eine Organisationsform zur Abwehr der immer stärkeren staatlichen Repression begriffen. Die Diskussion in den Arbeitskreisen erforderte die Bereitschaft, die Tabuisierung der eigenen Privatsphäre zu durchbrechen. Nur so konnte eine adäquate Erziehung der Kinder gewährleistet werden.

Hand in Hand damit ging die Bewußtwerdung der repressiven Funktion der Kleinfamilie. Dieser Prozeß wurde schnell vorangetrieben und führte zu einer permanenten Verunsicherung der Eheleute. Ehen gingen auseinander, sie lösten sich entweder in herkömmlichen Scheidungen auf oder führten zu Kommunebildungen. Dieser psychische Stress der Eltern belastete die Kinder sehr stark, doch gerade von ihnen kamen die Bedürfnisse, die die Kleinfamilie nicht befriedigen konnte (z. B. der Wunsch der Kinder, im Kinderkollektiv zu schlafen).

In der weiteren Entwicklung kam es zu einer Trennung zwischen den „Liberalen“, d. h. hier nicht politisch aktiven, und den an der Basis arbeitenden Genossen. Es stellte sich heraus, daß ein Kinderkollektiv ohne Elternkollektiv nicht möglich ist, daß die repressive Funktion der Kleinfamilie schwere Konflikte im Kind provozierte, da die Diskrepanz zwischen Kinderläden und Elternhaus sehr groß war.

Der sozialistische Teil der Eltern kam in seiner Praxis in den Kinderläden zu einer radikalen Kritik der bisherigen antiautoritären Erziehung, die hier nur thesenhaft formuliert werden kann.

1) Die antiautoritäre Erziehung setzt eine Klassenlose Gesellschaft voraus, da sie die totale Bedürfnisbefriedigung anstrebt, ohne die gesellschaftliche Realität, die dies nicht zuläßt, zu berücksichtigen. Sie entspringt dem liberalen Bedürfnis, dem Kind innerhalb des Freiheitsraums Kinderläden das zu geben, was man selbst früher gern gehabt hätte.

2) Daraus folgt, daß Erziehung in der derzeitigen politischen Lage Menschen hervorbringen muß, die fähig sind, für eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen, um die Bedingungen für eine totale Bedürfnisbefriedigung zu schaffen.

3) Es geht darum, von der antiautoritären zur sozialistischen Erziehung zu gelangen, d. h. es müssen dem Kind gewisse Gegenstande, oder sozialistische Normen vermittelt werden, damit es z. B. fähig wird, sich innerhalb der Schule den autoritären Angriffen der Lehrer zu widersetzen und gleichzeitig seine Mitschüler auf seine Seite zu ziehen. Schon hier müssen sich die Kinder zu politischen Kollektiven zusammenschließen.

4) Wenn hier der Begriff Norm verwendet wird, so beinhaltet er

nicht ein Reproduzieren der bürgerlichen Normenintrojizierung mit umgekehrten Vorzeichen. Es muß in der Praxis überprüft werden, inwieweit der Freudsche Begriffssapparat von ES-ICH-ÜBER-ICH analytisch noch einer kollektiven Kindererziehung im Zusammenhang mit einem Elternkollektiv gerecht wird, da z. B. der Ödipuskomplex durch die Aufhebung der kindlichen Fixierung an die Eltern umgangen wird. Wäre es nicht z. B. auch vorstellbar, daß das ÜBER-ICH zugunsten des ICHs geschwächt wird, sodaß das ICH die rationale Kontrolle über die ihm vermittelten Normen gewinnt.

5) Die Kinder sollen schon im frühen Alter mit dem politischen Kampf durch die Tätigkeit der Älteren konfrontiert werden. Die individuell erlebten Konflikte müssen den Kindern in adäquater Weise als gesellschaftliche vermittelt werden.

6) Die Kinder müssen ihre Bedürfnisse sublimieren lernen. Versagung durch die Realität darf nicht zum Zusammenbruch führen, das setzt eine hohe Frustrationstoleranz voraus. Es geht also darum, die Kinder zum Kampf gegen diese Gesellschaft zu erziehen.

7) Um dieses Ziel zu erreichen, müssen von uns neue Märchen, neue Spiele und eine neue Sprache entwickelt werden, denn schon in der Sprache zeigt sich der verniedlichte Charakter der sogenannten „heilen Kinderwelt“. Böhmert

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

**Service
Verkauf
Ersatzteillager**

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

Strukturen verfestigt

FHV-Vorstand lehnt Regierungsentwurf ab

Der „Entwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen“ wird von seinen Urhebern als Beitrag zur Reform der Hochschulen bezeichnet. In seiner Sitzung am 27. 3. 1969 stellte der Vorstand des Freidemokratischen Hochschulverbandes (FHV) dazu fest:

„Von einer Reform kann bei diesem Entwurf nicht die Rede sein, vielmehr handelt es sich lediglich um einige oberflächliche Veränderungen, die die bisherige Struktur der Hochschulen in keiner Weise berühren. Die bisherige Ordinarien-Universität wird nicht nur beibehalten, sondern sogar noch verfestigt. Die Verwaltungsarbeit der Professoren wird nicht verringert. Andererseits ist die Beteiligung der Studenten nach wie vor minimal — darüber kann auch die lediglich im funktionslosen Konvent verankerte Beinahe-Drittelpartizipation nicht hinwegtäuschen. Die Möglichkeit der Studenten zur Vertretung und Verwirklichung ihrer Interessen wird wesentlich beeinträchtigt.“

Statt einer Demokratisierung der Hochschule erfolgt eine Zentralisierung in winzigen Gremien unter Vorherrschaft der Ordinarien. In den wesentlichen Beschlüssen der Universität und der Fachbereiche können sie fast immer ihren eigenen Willen gegen alle anderen Gruppen durchsetzen.

Außerdem werden die Vertreter in den entscheidenden Gremien (Senat, Fachbereichsrat) nicht direkt und nicht von der Gruppe, die sie vertreten sollen, gewählt. Der Problematik der Eingliederung der studentischen Selbstverwaltung in die Hochschulselbstverwaltung wird wohlweislich ausgewichen.

Angesichts der faktischen Situation an den Hochschulen bedeutet dieser Entwurf statt Fortschritt Rückschritt, statt Reform Reaktion.“

Der Arbeitskreis des FHV für Hochschulreform befäßt sich in diesem Semester eingehend mit dem Entwurf, um seine Vorstellungen während der Beratungen des Hochschulgesetzes den Landtagsfraktionen vorzulegen.

Protest der Mathematiker gegen Hochschulgesetz

An die SPD-Fraktion

Wir begrüßen es, daß der von Ihnen gebilligte Entwurf eines Hochschulgesetzes für das Land NRW die gleichberechtigte Vertretung von Professoren, Assistenten und Studenten im Konvent vorsieht. Aus dieser Tatsache entnehmen wir, daß Ihre Fraktion das Recht der Assistenten und Studenten auf Mitbestimmung und Mitverantwortung an den Hochschulen prinzipiell anerkennt, ebenso wie sie das Recht der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung in den Betrieben bejaht.

Auf das entschiedenste warnen wir jedoch davor, festzulegen, daß in den Fachbereichsversammlungen Professoren, Assistenten und Studenten im Verhältnis von 5:3:2 vertreten sein sollen. Eine solche Festlegung der Sitzverteilung muß den Verdacht erwecken, daß man Assistenten und Studenten in den Fachbereichsversammlungen ein Mitspracherecht allenfalls zum Schein einräumen will: Bei einer solchen Sitzverteilung können alle Anträge der Assistenten oder Studenten — selbst bei einer hypothetischen Einigkeit zwischen diesen Gruppen — durch die Professoren bei 5:5 Stimmen zu Fall gebracht werden. Die geplante gesetzliche Regelung der Mitbestimmung an den Hochschulen bedeutet eine erhebliche Verschlechterung der bisherigen Situation für Assistenten und Studenten: Bisher sind zwar diese Gruppen mancherorts zahlenmäßig noch etwas schlechter vertreten; sie hatten aber immer noch die Hoffnung, in Verhandlungen mit der Professorenschaft eine angemessene Vertretung zu erreichen.

Wenn nun der Gesetzgeber auf unabsehbare Zeit den Studenten eine angemessene Beteiligung verweigert, so ist das besonders verhängnisvoll: Auch die Studenten, die bisher die Hoffnung hatten, im Rahmen der bestehenden staatlichen Ordnung ihre Vorstellungen von einer Universitätsreform zu ver-

wirklichen, müssen sich nunmehr fragen, ob sie die Möglichkeit zu demokratischen Reformen in diesem Staat nicht weit überschätzt haben. Auf gar keinen Fall sind wir bereit, eine gesetzliche Regelung hinzunehmen, die den Assistenten oder den Studenten in den Fachbereichsversammlungen weniger Sitze einräumt als den Professoren; denn gerade in diesen Gremien fallen die für den Studienalltag der Studenten wichtigsten Entscheidungen. An unserer Haltung wird sich auch dann nichts ändern, wenn man versucht, uns durch eine Verabschiedung der NRW-Hochschulgesetze in den Semesterferien vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Auch für einen solchen Fall bereiten wir geeignete Maßnahmen vor.

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Friedrich Hillefeld
Im Auftrag des Fachschaftsrates
der Abteilung Mathematik
der RUB.**

Schüler wollen kritische Aufklärung

Sexualerziehung als Bestandteil politischer Bildung

Die bisher an den Gymnasien „praktizierte“ Sexualerziehung, die einerseits nur selten über Vermittlung biologischer Fakten hinausgeht, andererseits aber die Anpassung an die bestehenden Moralvorstellungen fördert, bedarf einer grundlegenden Kritik.

In der Sexualerziehung werden Verhaltensweisen geprägt, die später das gesamte soziale und politische Verhalten entscheidend bestimmen. Daraus folgt, daß Sexualerziehung nicht Reproduktion überkommener Moral- und Wertvorstellungen sein darf. Eine Gesellschaft und ein Staat, die solches an ihren Schulen dulden, haben nicht das Recht, sich demokratisch zu nennen.

DIHT: Werkschutz gegen Arbeiter

Notstandsverfassung erlaubt Militarisierung der Wirtschaft

Im Jahresbericht 1962 gab der Bundesverband der Deutschen Industrie offen zu: „In Erkenntnis der aus dem Osten drohenden Gefahren hat die Industrie vor mehr als zehn Jahren ein Selbstschutzorgan geschaffen, das dieser Bedrohung durch vorsorgliche Maßnahmen entgegentritt und bereits erhebliche Erfolge erzielt hat.“

Die erheblichen Erfolge des BDI in der Notstandsplanung fanden ihre Krönung in der vor einem Jahr verabschiedeten Notstandsverfassung. Seither ist es für die Industrieverbände einfacher, ihre Absichten zu verwirklichen: sie können auf wohlwollende Unterstützung der Regierung rechnen.

Es ist nicht mehr notwendig, einen „äußeren Feind“ als Pappkameraden für die Notstandsvorbereitungen der Industrie aufzubauen. Nachdem Günter Wallraff bereits vor zwei Jahren in der Zeitschrift „pardon“ über geheime Ausbildungslehrgänge für Werkselbstschutzleute der Großindustrie berichtet hatte, ist heute kein Anlaß mehr vorhanden, die „Neugestaltung des Sicherheitswesens in der Wirtschaft zu verheimlichen.“

Aus dem Jahresbericht 1968 des Deutschen Industrie- und Handels-tages geht hervor, daß man an die Einrichtung einer „Bundesstelle für innerbetriebliche Sicherheit“ denkt. Bereits heute existieren in Stuttgart eine „Landesstelle für Betriebsschutz“, in Frankfurt eine „Vereinigung für Sicherheit in der Wirtschaft“, in Essen ein „Verband für die Sicherheit in der Wirtschaft“. Gleichartige Einrichtungen sind auch für die anderen Bundesländer vorgesehen.

Die selbstgestellte Aufgabe ist eindeutig: „Eine vorbeugende Abwehr gegen subversive Kräfte aller Art ist für die Erhaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung lebenswichtig.“ Deshalb gehe „das Bestreben dahin, alle lebensnotwendigen und verteidigungswichtigen Betriebe in diese Verbände aufzunehmen und sie in ihren Vorsorgemaßnahmen für die innerbetriebliche Sicherheit zu betreten.“

Wer die „subversiven Kräfte“ sind, bedarf keiner Erläuterung: Es sind die Studenten, die an Werks-toren Flugblätter verteilen; es sind vor allem aber die Arbeiter, die man durch die Betriebsstruppe zur Raison bringen will. Vorbeugend, damit sich Dinge wie im letzten

Jahr nicht noch einmal abspielen, als Bochumer Arbeiter gegen die Notstandsgesetze auf die Straße gingen. Vorbeugend, damit sich Widerstandszellen demokratischer Gastarbeiter gegen Diktaturen in ihrem Land gar nicht erst bilden.

Für die Arbeiter wird es sich rächen, daß die Gewerkschaftsführer vor einem Jahr einen Generalstreik gegen die Notstandsgesetze verhindert haben: die Aufrüstung der Industriearmee ist jetzt in vollem Gang! —ck

Studentinnen hoch im Kurs

Ein 40-jähriger Bochumer nahm mit seinem Wagen bereitwillig Studentinnen von der Uni mit.

Amoris causa. Bei seinen hartnäckigen Annäherungsversuchen steigerte er sich bis zu 200-DM-Offerten. Jetzt stand der Mitbürger, der so groß von unseren Studentinnen denkt vor dem Kadi. Quittung: 3 Monate mit Bewährung und 1000 DM für das „Bundeshilfswerk für Straffällige“. Auch Richtern sind Studentinnen teuer.

Schüler boykottieren den Religionsunterricht

In der „Fastenausgabe“ der Bochumer Schülerzeitung „drehscheibe“ war zum Thema Religionsunterricht u. a. folgendes zu lesen:

Ein Religionsunterricht im Sinne der gymnasialen Zielsetzung gefährdet die Grundsätze der Religionsgemeinschaften, weil wissenschaftliches Erkennen diese Grundsätze zerstört.

Der Verzicht auf den Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen

wäre die faire Lösung, die der Staat der Kirche anbieten könnte. — Und die Kirche dem Staat.“

An eine solche „faire Lösung“ glauben die im „Informationskreis Betrieb und Schule“ organisierten Schüler und Lehrlinge offensichtlich nicht mehr. Anstatt auf den Sankt Nimmerleinstag zu warten, an dem die Kirche möglicherweise freiwillig das Feld räumt, haben die Schüler und Lehrlinge jetzt den Spieß umgedreht: Sie rufen zum Boykott des Religionsunterrichts auf.

Der Austritt aus dem Religionsunterricht wird in § 14 Abs. 4 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen geregelt. Dort heißt es: „Die Befreiung vom Religionsunterricht ist abhängig von einer schriftlichen Willenserklärung des Erziehungsberechtigten oder des religionsmündigen Schülers.“

„Religionsmündig“ im Sinne des Gesetzes ist jeder, der das 14. Lebensjahr vollendet hat. Das bedeutet für die Praxis, daß alle Schülerinnen und Schüler, die 14 Jahre und älter sind, auch gegen den Willen ihrer Eltern sich vom Religionsunterricht abmelden können.

In einem Brief hat der „Informationskreis Betrieb und Schule“ die BSZ-Redaktion gebeten, das Muster einer Austrittserklärung abzu-drucken.

Erklärung

Betrifft: Befreiung vom Religionsunterricht gemäß § 14,4 der Landesverfassung-NRW

Hiermit melde ich mich vom Religionsunterricht ab.

Name:

Vorname:

Geb.-Datum:

Klasse:

Bochum, den

Unterschrift

Rocker

Ein knappes halbes Hundert Essener Rocker zogen mit ihren Mopeds durch die Stadt, um für ein eigenes Clubhaus zu demonstrieren. Die Stadverwaltung hatte ihnen einen Raum wieder entzogen, der ihnen vorher zur Verfügung stand. Außerdem wandten sie sich gegen die Diskriminierung gesellschaftlicher Randgruppen durch faschistoide Massenmedien.

Evangelische Inquisition

1963 beschlossen die ev. Landeskirchen ein „Lehrbeurkundungsverfah- ren“, um sich unbehaglicher Religionslehrer entledigen zu können. 1969 macht man von der Disziplinierungsmöglichkeit Gebrauch: Weil sie „schroff und öffentlich“ die Kindertaufe grundsätzlich ablehne will die kirchliche Obrigkeit gegen die Gelsenkirchener Pastorin Tabea Tuddies vorgehen.

Als erster Schritt des Inquisitionsverfahrens ist ein „Lehrgespräch“ zwischen der bekennenden Pastorin und einem Gremium der Kirchenleitung vorgesehen. Der aus Zwangssteuern gespeisten „Volkskirche“ dürfte kaum an individuellem Bekenntnis gelegen sein.

Zu verkaufen:
Forschungsmikroskop, deutsches Fabrikat, Drehokular, Vergrößerung bis 1200fach (Öl-Immersion) für 250,— DM. Brinkschulte, Staatl. Studentenheim II, Laerholzstr. 44

ÖTV contra Holthoff-Plan

Protest gegen den Hochschulgesetzentwurf der NRW-Landesregierung auch bei der ÖTV. Am letzten Samstag billigte die Delegiertenkonferenz des Kreises Bochum-Wattenscheid einstimmig den folgenden Antrag:

„Der Landtag Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, den vom Kultusminister vorgelegten Entwurf für ein Hochschulgesetz so zu ändern, daß folgende Forderungen berücksichtigt werden:

1. Demokratischer Aufbau der Universitäten und Hochschulen mit

einer echten Selbstverwaltung im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft.

2. Gleichberechtigte Beteiligung der vier Hochschulgruppen (Hochschullehrer, Assistenten, Studenten, nichtwissenschaftliche Mitarbeiter) an allen Organen der Universitäten und Hochschulen.“

Nach Ansicht der ÖTV führt die vorgesehene unterschiedliche Regelung der Beteiligungsrechte der einzelnen Gruppen zu einer Verewigung der Klassengegensätze in der Universität.



Vollkommen überlastet?



Zweigstelle
Ruhr-Universität
Lennerhofstraße 70

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Overbergstraße 7

Dann kommen Sie zu uns. Wir übernehmen Ihre Geldangelegenheiten. Studien- und Sozialgebühren zahlen Sie kostenlos bei uns ein.

WESTFALENBANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Bochum, Huestraße 21-25

**Contacta
Institut**

Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt



Sie suchen günstige Teppichpreise?

Da sind Sie jetzt bei uns genau richtig.

Bitte, beachten Sie die Schaufenster.

EIN GUTER RAT:

TEPPICHE VON KEIL & KATH

BOCHUM, BONGARDSTR. 28, AN DER PAULUS-KIRCHE

SPD für Staatsrundfunk Redakteure als Polizei-Spitzel

Daß die Reaktion in Nordrhein-Westfalen gerade in der SPD ihre stärkste Stütze findet, bestätigte sich vor einigen Tagen erneut. Zusammen mit der CDU beschwerte sich die SPD-Landtagsfraktion über die Berichterstattung des WDR.

Den Aktionen der APO, so fanden die Abgeordneten, werde zuviel Gewicht eingeräumt. Außerdem forderten sie, die WDR-Journalisten als Angestellte einer öffentlich-rechtlichen Anstalt sollten künftig den Behörden über geplante APO-Aktionen berichten, d. h. zu Polizei-Spitzeln werden. „Informationspflicht gegenüber den Behörden“ heißt diese feine Handwerk im Parlamentarierdeutsch.

Die Beschwerde der Fraktionen blieb beim WDR-Verwaltungsrat nicht ungehört: Er beschäftigte sich damit. Vorsitzender des Verwaltungsrates ist seltenerweise Josef-Hermann Dufhues (CDU), Stellvertretende Vorsitzende sind Heinz Kühn (SPD), Johannes Rau (SPD), Leo Brand (SPD), Konrad Grundmann (CDU), Wilhelm Lenz (CDU) und Willy Weyer (FDP). So klein ist die Welt der Pressefreiheit!

Das Proporzsystem, das ständige Hineinregieren der Politiker in die Arbeit der Rundfunkanstalten ge-

nügt nicht mehr: analog zu den Gaulles Staatsrundfunk sollen nur noch regierungsfremde Sendungen die Öffentlichkeit erreichen. Schon bisher konnte man dem WDR kaum besonderen gesellschaftskritischen Eifer nachsagen.

Ganz im Ernst machte ein Politiker in Köln den Vorschlag, die Redakteure sollten bei Aktionen der APO erst die Polizei benachrichtigen und dann mit ihr gemeinsam zum Schauplatz des Geschehens fahren.

Noch sind beim WDR die Zeiten nicht vergessen, in denen Berichtserstatter geschäftig wurden, weil sie vor der DDR das „sogenannte“ vergessenen hatten.

Die Rundfunkanstalten völlig zu Springer-Zentralen in Regierungsdiensten umzufunktionieren und die Redakteure zu Hilfspolizisten der Exekutive zu machen, konnte wohl nur Parlamentariern einfallen, denen das Grundgesetz nicht mehr als ein Fetzen Papier ist! —ck

Studenten kaufen

Tabak · Zeitungen
Spirituosen und
Lebensmittel
Kaffeeausschank

in ihrer

Trinkhalle Kotthoff
(an der Mensa)

ORIGINAL-AMERIKANISCHES
PREMIENTABAK-WIRD IN
DEUTSCHLAND HERGESTELLT
DURCH ZOLLSPANNIS NUR
2,50 DM

RUM and MAPLE

• Gratisproben • ANTA-Berlin 61

Vergrößerungsgerät

Durst M 300

6 Monate alt / Messemodell für Kleinbildprojektion und Reproarbeiten billig zu verkaufen.

Angeb.

Steinbach, Bochum, Ruf 6 62 32

Europäische
Marken-Teppiche

Führendes Haus in
Western-Bekleidung

Twen Shop
Bekleidung für
junge Leute

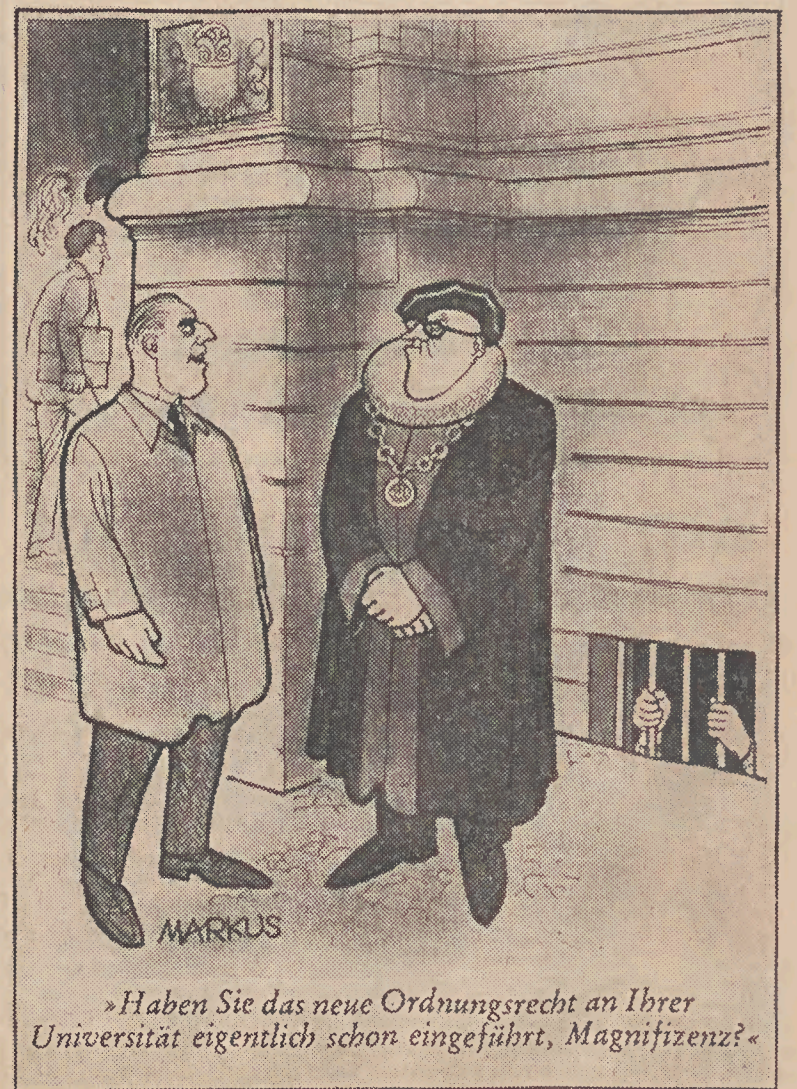
Rücklaufbestände
der US-Armee

US VERKAUF

H. PETERMANN

Bochum - Rathausplatz 8

Telefon 669 39



»Haben Sie das neue Ordnungsrecht an Ihrer Universität eigentlich schon eingeführt, Magnifizenz?«

Aus „Stern“

FU: Relegation aufgehoben Keine verfassungsrechtlichen Bedenken

Zwölf befristete Relegationen waren in den vergangenen Monaten im Zusammenhang mit vierzehn Hausordnungsverfahren an der FU Berlin ausgesprochen worden. So wurden vor einem Monat der AStA-Vorsitzende Jürgen Treulich und der Politreferent Eicke Schweißel für 4 Semester und der Senatssprecher Hans-Joachim Funke für ein Semester vom Studium ausgeschlossen.

Das Verwaltungsgericht in West-Berlin hat jetzt in einer Grundsatzentscheidung den im Januar gegen den ehemaligen ersten Sprecher der Juristischen Fakultät, Christopher Hein, ausgesprochenen Studienausschluß für das Sommersemester aufgehoben. Grund der Verweisung: Hein waren „Störungen von Lehrveranstaltungen“ und „beleidigende Äußerungen gegenüber Professoren in einem Flugblatt und in einer Ausgabe des „Juristenblattes“ zur Last gelegt worden.

Nach Ansicht der Richter hielten die damals vom Ordnungsbeauftragten der FU ausgesprochenen Beschuldigungen der Beweiserhebung vor Gericht nicht stand.

Das Urteil über die Klage des ehemaligen zweiten Sprechers der juristischen Fakultät, Gesel, der ebenfalls für ein Semester relegiert worden war, soll am 29. April gefällt werden.

Verfassungsrechtliche Bedenken, die von Rechtsanwalt Horst Mahler als Anwalt der beiden Studenten vorgebracht wurden, teilte das Gericht nicht. Die beanstandete „Generalklausel“ des Hausordnungsrechts, nach der eine „erhebliche vorsätzliche Störung“ des Universitätsbetriebes einen schweren Verstoß gegen die Pflichten der einzelnen Mitglieder darstellt, entspreche rechtsstaatlichen Anforderungen.

Wen die Hausordnung schützt und wessen Rechte sie absichert, wurde vor Gericht nicht diskutiert.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Redaktion: Alois Kircher, Gerhard Huck, Bernd Westermann

Anzeigenleitung: Christine Schipplack
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)

Bankverbindungen: Stadtsparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9

Auflage: 8000 Exemplare
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16

Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.

BSZ-Leser antworten



Betr.: Universitätsbibliothek (BSZ Nr. 39)

Nach der Rückkehr aus dem Urlaub fand ich in Ihrer Ausgabe Nr. 39, Seite 4, einen Artikel über die Sperrung von Büchern in der Universitätsbibliothek vor, der den Tatsachen nicht entspricht. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie folgende Richtigstellung veröffentlichten wollten.

1. Der dem Artikel zugrundeliegende Sachverhalt, daß ein Buch gesperrt wurde, obwohl ein Student es vorgemerkt hatte, entspricht nicht meiner Dienstanweisung. Es handelt sich in diesem Falle um eine nicht zu rechtfertigende Handlung eines Angehörigen der Benutzungsabteilung. Ich habe alle Mitarbeiter dieser Abteilung nochmals darüber belehrt, so daß derartige Pannen in Zukunft wohl nicht mehr vorkommen werden.

2. Die Angabe über die Sperrung von Büchern der Universitätsbibliothek in dem genannten Artikel entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Kein Benutzer der Universitätsbibliothek, auch kein Professor, kann ein Buch zu eigenen Zwecken sperren lassen. Bücher können nur für betriebsinterne Vorgänge der Universitätsbibliothek gesperrt werden, z. B. bei dringender Reparatur am Einband, bei Verlust oder zur Erledigung bibliothekarischer Arbeiten. Das in Frage stehende Buch ist für Herrn Maruhn gesperrt worden, da Herr Maruhn Fachreferent der Universitätsbibliothek ist und das Buch für einen Rechtsstreit der Universitätsbibliothek mit dem Bundesminister für Finanzen dringend benötigt wird.

3. Die Sperrungsliste enthält über die hier aufgeführten Fälle hinaus mehrere tausend Titel, die die

Universitätsbibliothek auf Grund von Koordinierungsvereinbarungen an Instituts-Bibliotheken der Ruhr-Universität verkauft hat. Damit diese Bücher jedoch für die Anlage eines Gesamtkataloges der Buchbestände der Ruhr-Universität weiterhin nachgewiesen werden können, sind diese Titel im Katalog der Universitätsbibliothek verblieben. Jedoch wird mittels der Sperrungslisten darauf hingewiesen, daß es sich um Bestände handelt, die in Instituts-Bibliotheken stehen. Nach einem Senatsbeschluß können die Bestände aller Instituts-Bibliotheken jederzeit von allen Angehörigen der Ruhr-Universität dort eingesehen werden. Es mag sein, daß die Verwendung des Wortes „Sperrung“ für derartige Fälle zu falschen Assoziationen Anlaß gibt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Prof. Dr. Günther Pflug
Direktor der Universitätsbibliothek

Es gibt wenige Berufe die jungen Akademikern von Anfang an ein ausgezeichnetes Einkommen ermöglichen.

Sie kennen den Stellenmarkt gut genug, um Ihre Chancen realistisch einzuschätzen. Sie wissen, daß gut bezahlte Führungspositionen selten und für junge Leute nahezu unerreichbar sind. Haben Sie Zeit genug, fünf Jahre oder zehn Jahre oder noch länger zu warten und von Karriere zu träumen? IOS braucht Mitarbeiter, die nicht warten können. Die von Anfang an keinen Zweifel daran lassen wollen, daß sie in der Lage sind, Karriere zu machen.

Bei IOS können Sie beweisen, was in Ihnen steckt. Ausschließlich durch eigene Leistung – und nicht durch die Zahl der Dienstjahre – bestimmen Sie Ihren Aufstieg im Verkaufsmanagement. IOS hat General Manager, die noch keine 30 sind. Führungseigenschaften, Kontaktfreude, Organisationstalent und die Bereitschaft, weiter zu lernen – das sind die Voraussetzungen, die Sie mitbringen müssen.

Sprechen Sie doch einmal mit uns. Je früher, desto besser. Auch dann, wenn Sie Ihr Examen noch vor sich haben.

Für den ersten Kontakt genügt Ihr Anruf oder ein kurzes Schreiben mit den wichtigsten Daten an

Ottmar Graewe
Agentur für IOS
Bochum, Kortumstraße 26
Tel. 8 17 46
1 27 33
1 24 30





was trinken wir?

Schultheiss Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

LOEWE

ADOLF LOEWE

Büromaschinen · Möbel · Organisation
Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM Hans Schalla				Spielplan für die Zeit vom 17. April bis 4. Mai 1969 Änderungen vorbehalten!	
SCHAUSPIELHAUS				KAMMERSPIELE	
20.00	NAPOLEON IN NEW ORLEANS; von Kaiser	Do. 17. 4.		20.00	EIN TAG IM STERBEN VON JOE EGGS; von Nichols
20.00	DIE VERFOLGUNG UND ERMORDUNG JEAN PAUL MARATS ... von Peter Weiß; Gastspiel der Stadt, Bühne Heidelberg	Fr. 18. 4.			Keine Vorstellung
18.00	ROMEO UND JULIA von Shakespeare / Premiere	Sa. 19. 4.			Keine Vorstellung
20.00	EIN SOMMERNACHTS-TRAUM von Shakespeare / g. V.	So. 20. 4.			Keine Vorstellung
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Mo. 21. 4.			Keine Vorstellung
20.00	DAVOR von Günter Grass	Di. 22. 4.			Keine Vorstellung
20.00	Gastspiel des Schiller-Theaters Berlin				
20.00	DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau	Mi. 23. 4.			Keine Vorstellung
20.00	ROMEO UND JULIA von Shakespeare	Do. 24. 4.		20.00	VERBRECHEN AUS LEIDENSCHAFT von Joe Orton
					Eröffnungspremiere deutschsprachige Erstauflührung
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Fr. 25. 4.		20.00	DIE NACHT DER MÖRDER von José Triana
20.00	GASPARONE (G) von Millocker	Sa. 26. 4.			Gastspiel des Staatstheaters Braunschweig
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	So. 27. 4.		20.00	ENDSPIEL von Samuel Beckett
	Keine Vorstellung	Mo. 28. 4.			Gastspiel des Schiller-Theaters Berlin
20.00	GIANNI SCHICCHI von Puccini	Di. 29. 4.		20.00	NACH-SPIELE von Günter Wallraff
	und DIE SPANISCHE STUNDE von M. Ravel (G)				Gastspiel des Westfälischen Landestheaters Castrop-Rauxel
20.00	BOULEVARD SOLITUDE von H. W. Henze	Mi. 30. 4.			Keine Vorstellung
	Premiere			20.00	DER ARME BITOS von Anouilh
	Keine Vorstellung	Do. 1. 5.			Keine Vorstellung

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende 50% ermäßigt. Anrechtsscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).